

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904**

156 (30.4.1904) Badischer Landtag. 63. öffentliche Sitzung der Zweiten  
Kammer



# Karlsruher Zeitung.

N. 156.

Samstag, 30. April.

1904.

## Badischer Landtag.

### 63. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag, den 29. April 1904.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Frhr. v. Dusch, Direktor des Oberschulrats Geh. Rat Dr. Krenspinger und Geh. Rat Veherer, Geh. Hofrat Dr. v. Sallwürf, die Oberschulräte Dr. Waag und Nebmann.

Präsident Dr. Ganner eröffnet die Sitzung kurz vor halb 10 Uhr vormittags.

Eingegangen ist:

Mitteilung des Herrn Ministers des Innern, daß er im Laufe der nächsten Woche bereit sei, die Interpellationen der Abgg. Eichhorn und Genossen, betreffend 1. die Ausweisungen russischer Staatsangehöriger, 2. die Verbote der Maifeierfestzüge zu beantworten. (Große Heiterkeit. Zuruf des Abg. Luz: Post festum!)

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1904 und 1905, Ausgabe Titel X, Einnahme Titel III (Unterrichtswesen), II. Mittel- und Volksschulen — Drucksache Nr. 13c (II) — und die Seite 34 ff. und 40 ff. des Kommissionsberichts behandelten Petitionen, sowie die Petition des Gemeinderats Neustadt, die Errichtung einer Realmittelschule daselbst betreffend.

Der Präsident teilt mit, daß von den vorgemerkten Rednern auf das Wort verzichtet haben die Abgg. Neuhaus, Pfefferle, Geppert, Sennig, Köhler, Gausler und Benedey.

Abg. Dr. Weggoldt: Wir hatten vom Jahre 1864 an 11 Kreis Schulräte und es kamen damals durchschnittlich

fünf Amtsbezirke auf einen Kreis Schulrat. Im Jahre 1882 ist eine Vermehrung eingetreten, so daß durchschnittlich vier Amtsbezirke auf einen Kreis Schulrat kamen. Im jetzigen Budget sind weitere fünf Stellen — im ganzen also 18 — vorgesehen, so daß auf einen Kreis Schulrat durchschnittlich nur drei Amtsbezirke kommen werden. Wenn diese Stellen genehmigt werden, so wird es den Kreis Schulräten künftighin möglich sein, in jeder Schule alle drei Jahre zwei eingehende Prüfungen vorzunehmen und außerdem alle Schulen oder doch den größten Teil derselben kurzfristig zu besuchen. Es wird dies um so leichter geschehen können, als den Kreis Schulräten nunmehr Kanzleihilfen beigegeben werden sollen, die ihnen einen Teil der umfangreichen Schreibgeschäfte abnehmen und sie dadurch in die Lage versetzen, sich mehr den Prüfungen und Schulbesuchen zu widmen. Zu wünschen bleibt nur, daß man endlich daran denkt, auch den Kreis Schulräten für Dienstwohnungen zu sorgen. Alle sonstigen Bezirksbeamten, die Amtsvorstände, Richter, Steuerbeamten, Straßenbauinspektoren, Hochbauinspektoren und Oberförster, haben Dienstwohnungen, ja ganze Dienstgebäude, und es ist jedermann aus langer Gewohnheit klar, daß dies gar nicht anders sein könne. Daß aber die Schulinspektoren, die hunderte von Lehrern zu beaufsichtigen und die Bildung und Erziehung von 20 000 und mehr Schülern zu leiten haben, die gleiche Wertschätzung erwarten können, daran denkt niemand, und zwar ebenfalls gewohnheitsmäßig. Ich will diesen Zustand nicht mit dem üblichen Schlagwort „Mißständigkeit“ bezeichnen; ich will nur die Hoffnung aussprechen, daß im Interesse des Ansehens dieser Beamten und im Interesse der Würde des Volksschulwesens auch hierin Wandel geschaffen werden möge.

Es ist die Ansicht ausgesprochen worden, daß 18 Kreis Schulratsstellen zu wenig seien, und daß diese Zahl tunlichst bald vermehrt werden möge. Ich teile diese Ansicht nicht, weil ich selber längere Jahre Kreis Schulrat war, und deshalb den Umfang der Geschäfte, wie die Möglichkeit



der Erledigung derselben genau kenne. Ein längst verstorbener, berühmter Schulmann hat unter sein Brustbild den bekannten Satz geschrieben: „Die Schularbeit hat wie die Küchlein vor allem zweierlei nötig, nämlich Wärme und Ruhe“. Unter Wärme ist selbstverständlich nicht die Zimmerwärme gemeint, sondern die Wärme, die vom Herzen des Lehrers ausgeht, und unter Ruhe ist nicht nur eine ruhige Lage des Schulzimmers zu verstehen, sondern auch die Ruhe vor äußeren Eingriffen in die Schularbeit des Lehrers, vor allem durch allzu häufiges Besuchen. Die Außenstehenden pflegen zu meinen, man müsse dem Volksschullehrer möglichst häufig aufsitzen und es könne eine geringe Schule nur durch Prüfungen gehoben werden. Das ist durchaus irrig. Prüfungen sind ja notwendig; aber der Kreisschulrat, der seinen Beruf versteht, hebt seine Schulen noch mehr dadurch, daß er ein taktvolles Auftreten beobachtet, daß er das Schulwesen gegenüber der Bevölkerung gut repräsentiert, daß er jeden Lehrer in die Klassen stellt, für die sie am besten geeignet sind, daß er die amtlichen Konferenzen flug verwertet, und daß er auf die einzelnen Lehrer in verständiger Weise einwirkt, was ja nicht bloß bei den Prüfungen geschehen kann. Wir sind in Baden in Gefahr, in eine gewisse Prüfungswut hineinzugeraten, wie sie in gleichem Maße in manchen außerbadischen Staaten nicht zu beobachten ist. Ich lege Protest gegen ein weiteres Umsichgreifen dieses Prüfungseifers ein, der auch unsere zahlreichen tüchtigen Lehrer in den Verdacht bringt, als ob es ihnen am nötigen Pflichtgefühl mangle. Ich lege auch Protest im Interesse unserer Kreisschulräte ein; denn ein Beamter, der gezwungen ist, alle paar Wochen die Gemeinden zu überlaufen, wird nicht mehr ernst genommen, er sinkt in seinem Ansehen u. hat dann, wenn er einmal ernste Forderungen stellen muß, nicht den nötigen Nachdruck.

Damit komme ich zu einer andern Frage, die ebenfalls gestreift worden ist, nämlich zur Frage der Vorbildung unserer Kreisschulräte. Ich stehe hier ganz auf dem Boden der Anschauungen, die seitens der Grob-Regierung gegenüber der Budgetkommission ausgesprochen worden sind. Ein Kreisschulrat soll den Bildungsgang des Volksschullehrers durchgemacht haben, im Volksschuldienste gestanden sein und das zurzeit farge, in Zukunft aber hoffentlich reichlichere Brot des Volksschullehrers gegessen haben. Es müssen dies die Volksschullehrer von ihrem Vorgesetzten erwarten, und es wird ihm dies auch von vornherein eine gewisse Sicherheit in seiner Amtsführung verleihen. Er muß aber noch akademische Studien hinzugefügt haben, damit sein Blick sich weitert, damit er unter den sonstigen Bezirksbeamten ebenbürtig dasteht und sein wichtiges Amt mit dem nötigen persönlichen Ansehen repräsentieren kann. Mit dem Gefühl hoher Befriedigung weise ich darauf hin, daß wir schon jetzt eine größere Anzahl solcher Männer im öffentlichen Dienste haben, Männer, die gute Seminaristen waren, die gute Volksschullehrer waren, und die dann, ohne im Besitze reicher Geldmittel gewesen zu sein, lediglich vermöge ihrer Begabung, ihres Fleißes und ihrer Willensstärke auch noch Hochschulstudien gemacht haben. Dieser Bildungsgang wird unsern Lehrern noch leichter werden, wenn erst der neue Seminarlehrplan mit seinen weiter gesteckten Zielen durchgeführt und auch die Frage der Zulassung der Volksschullehrer zu den akademischen Studien geregelt sein wird. Die Grob-Regierung tut ganz recht daran, wenn sie diese Männer als die vorzugsweise berechtigten Kandidaten für Kreisschulratsstellen bezeichnet, und ich will nur hoffen, daß sie an dieser Anschauung, unbeirrt durch Tages- und Parteimeinungen, im Interesse der Sache auch festhält. Völlig einverstanden

bin ich mit dem Herrn Benedek, wenn er meint, es solle der Zugang zu Rektoratsstellen auch den Volksschullehrern als solchen offen sein. Der Kreisschulrat hat eine große Anzahl Schulen mit den verschiedenartigsten Verhältnissen vor sich; er hat mehrere hundert Lehrer vor sich, die qualitativ sehr verschieden sind; er hat mit hundert und mehr Gemeinden zu verhandeln, die nicht immer den besten Willen haben. Ganz anders der Rektor, der Stadtschulrat. Er hat nur einen einzigen, mehr gleichartigen Schulkörper zu überwachen; er hat meist nur ausserlesene Lehrkräfte, die auch bei wenig Aufsicht von sich aus unterrichten; er hat endlich nur mit einer einzigen Stadtgemeinde zu verhandeln, die dem Volksschulwesen ein ganz anderes Interesse entgegenbringt, als eine Dorf-gemeinde. Ich sehe nicht ein, weshalb es nicht einem tüchtigen, taktvollen Stadtlehrer möglich sein sollte, an einer solchen Schule Rektor zu sein. Ist aber eine Stadtschule so groß, daß eine einzige Kraft nicht mehr ausreicht, so stelle man zwei Rektoren an, wie dies in Karlsruhe bereits geschehen ist.

Es ist sodann auch die Organisation der Volksschule in Mannheim besprochen und von einem Redner den übrigen Städten empfohlen, von einem andern aber nicht empfohlen worden. Nachdem die Diskussion über diesen Gegenstand zugelassen worden ist, werden wohl auch mir einige Worte erlaubt sein. Ich brauche nicht zu verraten, daß ich von der Sache amtliche Kenntnis habe. Ich stütze mich vielmehr von diesem Plaque aus auf die gedruckten Mitteilungen, die von Mannheim ausgegangen und weiterhin zugänglich gemacht worden sind. Früher sahen auch in den größten Städten alle Volksschüler, die schwächsten wie die besten, in der gleichen Schulklasse. Vor 10 und mehr Jahren gingen Karlsruhe, Pforzheim und andere deutsche Städte daran, diejenigen Kinder, die an der Grenze des Idiotismus standen, auszuscheiden und in besonderen, sogenannten Hilfsklassen, zu unterrichten. In Mannheim konnte man sich zu diesem Schritte erst in den letzten Jahren entschließen. Bei diesem Anlasse machte der Stadtschulrat den Vorschlag, auch die übrigen Schüler in der Weise in zwei Hälften zu teilen, daß alle über mittelmäßig befähigten Schüler einer besondern Schulgattung mit einem eingehenderen Lehrplan, und alle unter mittelmäßig befähigten einer solchen mit einem einfacheren Lehrplan zugewiesen würden. Der Gedanke ist bestechend, und mag wohl schon vielen Lehrern gekommen sein, die mit den schwachen Schülern ihre liebe Not haben. Er ist aber undurchführbar, weil es unmöglich ist, die Mittellinie der Befähigung der Schüler genau festzustellen, und weil es nicht angeht, die zufällige Notengebung seitens der Lehrer zum Maßstab für einen so wichtigen Schritt zu nehmen. In Mannheim entstand wegen dieses Vorschlages eine gewisse Unruhe, und es holte deshalb die Stadt ein Obergutachten beim Grob-Oberschulrat ein. Auch dieses Gutachten ist gedruckt und veröffentlicht worden. Der Oberschulrat konnte sich mit der beabsichtigten Scheidung der Schüler in zwei Hälften nicht befremden. Er hat dagegen empfohlen, nur die Sigenbleibenden, diese eigentlichen Sorgenkinder jeder Schule, auszuscheiden, und sie in der Weise in besonders günstige Verhältnisse zu versetzen, daß man sie in sogenannten Wiederholungsklassen vereinigt, sie hier möglichst individuell behandeln u. dann tunlichst bald wieder in die Normalklassen übertreten zu lassen. Diese Wiederholungsklassen, die gar nichts Berlekehendes für die Schüler haben, sind das eigentlich Neue und pädagogisch besonders Wertvolle in der jetzigen Organisation der Mannheimer Volksschule. Nach meiner Ansicht wird es den großen Städten Deutschlands auf die Dauer nicht möglich sein, an diesem in Mannheim mit



Geschicht durchgeführten Gedanken achtlos vorüber zu gehen. Auch auf dem Nürnberger Kongress hat man das empfunden, wo der Stadtschulrat eine eingehende und lichtvolle Darstellung der Verhältnisse gab. Herr Dr. Goldschmit hat sich gegen diese Organisation ausgesprochen; er hat sich dabei auf die Schrift eines Nürnberger Lehrers gestützt, die auch ich gelesen habe. Nach meiner Ansicht hätte der Verfasser diese Schrift nicht geschrieben, wenn er außer dem vorhin erwähnten ersten Vorschlag auch die jetzige Organisation genau gekannt hätte.

Dem Herrn Dr. Heimburger bin ich dankbar dafür, daß er sich auch diesmal gegen die Monopolisierung eines bestimmten stenographischen Systems ausgesprochen hat. Ich kann mich dieser Auffassung nur rückhaltlos anschließen, will aber auf weitere Erörterungen verzichten.

Abg. Rohrhuff: Wie meine Kollegen Heimburger und Goldschmit, muß ich mit einem Wort der Entschuldigung beginnen, wenn ich als fünfter Schulmann am fünften Tage der Mittelschuldebatte mir noch einige Ausführungen gestatte. Als ich am letzten Samstag sah, wie gleich bei Beginn der Verhandlung die Rednerliste mit einer großen Zahl von Namen sich bedeckte, darunter drei meiner Schulkollegen, war es meine Absicht, mich nicht an der Debatte zu beteiligen, in der Ueberzeugung, daß durch die Rede des Berichterstatters, dem ich bei dieser Gelegenheit doch den Dank der Schulmänner aussprechen möchte für sein verständnisvolles und warmes Eintreten, und durch die Ausführungen meiner Kollegen die Interessen der Schule und meines Standes auf das trefflichste vertreten würden. Dem Hause aber zu sagen, wie ich über verschiedene, in der Diskussion aufgetauchte Fragen denke, über das Unterrichtsministerium, den Oberschulrat, das Stundendeputat und Maximalzahlen, glaubte ich dem Hause ersparen zu müssen. Ausführungen aus diesem Hause bewegen mich aber, meinem Vortreu zu werden. Man würde es in den Kreisen der Theologen im Lande draußen nicht verstehen, wenn ich zu den Ausführungen, die hier über Theologen und Religionsunterricht gemacht wurden, nicht einiges hinzuzufügen hätte.

Zunächst ein Wort pro domo. Es ist von der Verwendung von Theologen an Mittelschulen und von den Gefahren die Rede gewesen, die dadurch dem Schuldienste drohen. Eigentlich könnten wir Theologen nur stolz darauf sein, daß man unserer geringen Zahl im Schuldienst derartig große Einflüsse zutraut. Nach meiner Berechnung sind im badischen Schuldienst nur 5 oder 7 Proz. Theologen, und daß diese imstande seien, eine verheerende Wirkung in unseren Staatsschulen anzurichten, das habe ich nicht gewußt. Man hat eine Statistik aufgemacht über die Zahl und die Verwendung der Theologen im Schuldienst. Aber wie so manche Statistik, täuscht auch diese, wenn daraus der Schluß gezogen werden soll, daß jetzt im Schuldienst mehr Theologen seien als in früheren Zeiten. Das ist in keiner Weise der Fall. In den 60er Jahren hat man eine Reihe von Theologen direkt in den Schuldienst gezogen, weil man wohl bei ihnen die Kenntnisse voraussetzte, die zur Bekleidung dieser Stellen nötig schienen. Wenn damals mehr evangelische als katholische Theologen in den Schuldienst traten, so lag der Grund nicht in einer konfessionellen Voreingenommenheit der Behörde, sondern darin, daß von der katholischen Kirche damals die ganze Schulorganisation bekämpft wurde. — Auch in den Mittelschulen waren meines Erachtens viel mehr Theologen als heute. Das wird man aber wohl nicht behaupten wollen, daß diese Männer der Schule nicht zur Ehre gereichten oder ihre Pflicht nicht mit aller

Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit erfüllt hätten. Sie haben der Schule nur gute Dienste geleistet. Es war auch nicht die Flucht aus ihrem Beruf als Theologen, sondern nur Lust und Liebe am Unterrichtswert, die sie dem Schuldienst zugeführt haben. Es gab eine Zeit, in der man den Theologen dafür dankbar war, daß sie in Lücken eintraten, für welche andere Kräfte nicht zur Verfügung standen. Die Zahl der Theologen, die im Schuldienst ohne Examen verwendet wurden, ist eine geringe, es sind nur 10. Zu diesen kommen diejenigen, die als Religionslehrer im Schuldienst verwendet werden. Im Jahre 1891 hat die Behörde für diese ein besonderes Examen vorgeschrieben. Wer das Examen gemacht hat, der weiß, daß es nicht ein leichtes Eingehen in den Schuldienst gestattet. Es ist in seinen Anforderungen konform dem, das die Philologen ablegen müssen. Die einzige Erleichterung besteht darin, daß den Theologen Religion als Hauptfach angerechnet wird. Diese Leute — es sind nur 15 seit 14 Jahren, welche das Examen bestanden haben — haben in erster Reihe die Aufgabe, den Religionsunterricht an den Anstalten zu erteilen. Tatsächlich geben sie auch nach den Zusammenstellungen, die im Bericht enthalten sind, 130 Stunden Religionsunterricht. Dazu kommen noch 20 Stunden Hebräisch, 41 Stunden Latein, 12 Stunden Geschichte, 11 Stunden Deutsch, 6 Stunden Geographie und 8 Stunden Französisch. Das sind aber doch alles neutrale Gebiete, auf denen eine konfessionelle Einwirkung nicht vorkommen kann. Es wäre ja zu wünschen, daß der Religionsunterricht ausschließlich in die Hände dieser Religionslehrer gelegt wird. Aber dem stehen die Schwierigkeiten gegenüber, welche insbesondere auf dem Gebiete des Stundenplans liegen. Die Erteilung des Religionsunterrichts ausschließlich durch Geistliche macht Schwierigkeiten, weil vielfach die städtischen Geistlichen über bestimmte Stunden nicht verfügen können und häufig durch Dienstgeschäfte gezwungen werden, Stunden ausfallen zu lassen. Es ist auch nicht zu vergessen, daß der Religionslehrer, wenn er in einem engeren Verband zu der Anstalt steht, eine größere Autorität in die Waagschale legen kann. Die Unterrichtsverwaltung würde meines Erachtens einen Fehler begehen, wenn sie die Stellen der staatlich angestellten Religionslehrer aufheben würde. Sie würde damit auch das staatliche Interesse nicht genügend wahren. Ich weiß übrigens, daß der Oberschulrat gerade nicht besonders für die Verwendung von Theologen im Schuldienst eingenommen ist. Es ist mir sogar ab und zu vorgekommen, als ob er die Theologen im Schuldienst als notwendiges Uebel betrachte. (Geisterkeit.) Ich nehme ihm das nicht übel. — Die dritte Klasse von im Schuldienst verwendeten Theologen sind solche, die ein volles Examen abgelegt haben. Ich weiß nicht, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen man einen Mann fern halten wollte, wenn er das volle philologische Examen gemacht hat. Das wird nicht angehen, es sei denn, daß man gesetzlich die Verwendung von Theologen im Schuldienst überhaupt verbietet. Eines freilich glaube ich im Interesse der Theologen sagen zu dürfen. Durch die Kreise der Nichttheologen geht ein gewisses Mißbehagen über die Verwendung von Theologen im Schuldienst. Es ist nicht allein die Sorge, daß die Theologen andern im Schuldienst das Brot wegnehmen, die dieses Mißbehagen hervorruft, sondern die Meinung, daß mit den Theologen in den Schuldienst ein Element komme, das sich nicht ganz in den Rahmen der Schule einfüge, und eine Kontrolle über den Unterricht in andern Fächern ausgeübt werde. Von den Theologen ist ab und zu eine zu große konfessionelle Ueberempfindlichkeit an den Tag gelegt worden. Ich möchte hierfür ein Beispiel anführen. In einem staatlich eingeführten Geschichts-



buch ist gesagt, das Papsttum habe sich vom Episkopat zum Primat entwickelt. Ein Kollege hat im Geschichtsunterricht nun diese Worte des Schulbuchs im mündlichen Vortrag sich zu eigen gemacht. Darüber beklagte sich der mit ihm befreundete Religionslehrer bei dem Direktor, statt über die Angelegenheit mit dem Kollegen selbst zu reden. Auch die Theologen sollten mehr auf die Macht der Wahrheit vertrauen, die sich schließlich doch durchbrechen wird (Zuruf: Sehr richtig!), so wird vielleicht ein derartiges Mißbehagen gegen die Theologen vermieden werden können. Also etwas größere konfessionelle Zurückhaltung und etwas mehr Vertrauen! Was ich übrigens hier sage, bezieht sich nicht auf das Gymnasium in Heidelberg, dessen derzeitiger Religionslehrer — ebenso wie dessen Vorgänger — wegen seines trefflichen Charakters und seiner Tüchtigkeit vollstes Vertrauen im Kollegium genießt. Ich persönlich stehe mit ihm auf dem vertrautesten Fuße. Ich hoffe, daß ihm das bei seiner Behörde nicht schadet. (Geisterkeit.)

Nun ein Wort an den Herrn Minister. Er hat am Samstag ein Wort gesprochen, das in den Kreisen meiner Fachkollegen und darüber hinaus einiges Aufsehen erregt hat. Er meinte, wenn man von Merikalisierung der Schule spreche, so könne man eher von einer evangelischen Merikalisierung als von einer katholischen reden. Der Bericht bemerkt hierzu: „Zustimmung im Zentrum“. Kollege Zehnter hat gestern dieses Wort des Herrn Ministers besonders unterstrichen. Nach meiner Auffassung ist das Wort draußen mißverstanden worden. Was unter Merikalisierung der Schule zu verstehen ist, hat der Herr Minister gewiß den Evangelischen nicht zum Vorwurf machen wollen; er wollte damit nur sagen, daß die Zahl der im Schuldienst verwendeten protestantischen Theologen größer ist als die der katholischen. In diesem Sinn ist das Wort richtig. (Zustimmung im Zentrum.) Der Herr Minister weiß gerade so gut wie ich, daß man von einer evangelischen Merikalisierung nicht reden kann; er weiß, daß wir evangelischen Theologen uns alle Zeit auf den Boden des Gesetzes in der Staatsschule gestellt und es ernst mit dem Wort genommen haben: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“. Wenn man einem oder andern der im Schuldienst verwendeten protestantischen Theologen einen Vorwurf machen kann, so ist es höchstens der, daß er mit dem Eintritt in den Schuldienst für die Kirche an Interesse verliert. Man kann meines Erachtens überhaupt nicht von einer Merikalisierung der Schule sprechen. Man könnte das tun, wenn nicht mehr die Pädagogik und die Bedürfnisse des Staats und der Gemeinde ihre Aufgabe und Ziele setzten, sondern wenn diese Ziele von einer kirchlichen Autorität gesteckt würden. Man könnte davon reden, wenn die Religion in den staatlichen Schulen einen derartigen Raum beanspruchte, daß die andern Unterrichtsgegenstände darüber zu kurz kämen. Man könnte davon reden, wenn die Religion verlangte, daß der übrige Unterricht ihren Anschauungen sich unterordnete; wenn es z. B. nicht mehr möglich wäre, gewisse Perioden unserer Geschichte zu behandeln, etwa davon zu reden, daß einerseits das Mönchtum und das Papsttum kulturelle Zwecke erfüllt habe, andererseits protestantische Selden, wie Luther und Gustav Adolf, nicht mehr erwähnt werden dürften. Man könnte davon sprechen, wenn im deutschen Unterricht das jugendliche Herz nicht mehr begeistert werden dürfte für das Schöne und Edle, das in unseren deutschen Dichtern niedergelegt ist, sondern wie eine engherzige Darstellung sie schildert als Wüßlinge und Atheisten, als moderne Neuheiden. Dann könnte man davon reden, wenn Lehrer und Schüler gezwungen wür-

den, kirchlichen Forderungen und Anschauungen gegen ihre Ueberzeugung sich zu unterwerfen. Meines Wissens ist von einer solchen Merikalisierung in den badischen Schulen nicht die Rede — nicht bei den evangelischen und nicht bei den mir bekannten katholischen Kollegen. Wenn je eine solche Gefahr unser Schulwesen bedrohen würde, dann hätte die Unterrichtsverwaltung Mittel und Wege genug, um dieser Gefahr energisch zu begegnen, und jeden Versuch, die Schule einseitig in den Dienst der Konfession zu stellen, mit aller Energie zu bekämpfen.

Der Herr Minister hat sodann die jungliberale Bewegung gestreift und gemeint, daß die Jungliberalen nicht mehr Männer respektierten wie Ramey und Jolly. Ramey und Jolly sind Männer, zu denen wir früher und jetzt mit Stolz aufschauten, und zu denen Alt- und Jungliberale auch künftig alle Zeit mit Stolz blicken werden. Wenn der Abg. Zehnter Professor Böhlingk irrtümlich als den Vater der Jungliberalen bezeichnet hat, so muß ich schon sagen, daß dieser Vater recht entartete Kinder hat, insofern, als ihm diese Kinder droben am See und drunten am Neckar kürzlich eine energische Abfrage erteilten. (Zuruf: Und Ettlingen? Geisterkeit. — Zuruf: Und der tosende Beifall? Erneute Geisterkeit.)

Ich habe mit großer Genugtuung, und ich glaube darin mit Allen einig zu sein, die den Direktor Mathy kennen, die Worte des Herrn Oberschulratsdirektors zur Rechtfertigung dieses schwer angegriffenen Kollegen gehört. Ich anerkenne die Art und Weise, wie Herr Kollege Giesler über die Konstanz Vorgänge gesprochen hat. Es hat mir sehr, der ich seinerzeit Direktor Mathy näher getreten bin und in ihm einen Mann vornehmster Gesinnung und ernstesten sittlichen Strebens kennen gelernt habe, leid getan, daß er auf diese Weise Gegenstand von Angriffen geworden ist. Auch ich bin der Meinung, die Vorgänge in Konstanz sind höchst bedauerlich. Aber derartige Vorgänge können sicher nicht der Schulleitung zur Last gelegt werden. Auch in den bestgeleiteten Anstalten, unter der ernstesten Zucht, auch in Anstalten religiösen Charakters wird es sich nicht vermeiden lassen, daß ein räubiges Schaf unter der Herde eine Verheerung anrichtet. Aber ebenso bedauerlich wie die Vorgänge selbst war nach meiner Ansicht die Haltung der Presse. Die Presse hat beim Bericht über diese Dinge übersehen, daß das, was sie schreibt, auch in die Hände der Schüler kommt, und, indem sie diese Vorgänge vor der breiten Öffentlichkeit übertrieben und entstellend schilderte, hat sie größeren Schaden angerichtet, als vielleicht die Vorgänge selbst. Ich habe auch den Eindruck gehabt, als ob die Angriffe, die auf den Direktor gemacht wurden, nicht allein den Zweck verfolgten, eine strengere Handhabung der Disziplin herbeizuführen, sondern noch andere Zwecke. Kollege Zehnter hat gesagt, die Presse habe nur berichtet, worüber man in Konstanz gesprochen habe. Aber gerade in diesem Falle wäre es der Presse in Konstanz und den Berichterstattern in auswärtige Blätter ein Leichtes gewesen, den Tatbestand zu erheben. Es kostete nur ein Gang zur Anstaltsleitung oder zum Bezirksamt oder zu einem Mitglied des Beirats oder zum Amtsgericht, um sich sichere Auskunft zu holen. Meines Wissens war die Untersuchung Ende Februar in Konstanz erledigt. Die heftigsten Angriffe erfolgten aber erst in den Tagen des März. Kollege Zehnter hat gemeint, in der „Landeszeitung“ habe gestanden, die Vorgänge seien ziemlich harmloser Natur. Ich gestehe, daß dieser Ausdruck kein glücklicher war. Ich weiß bestimmt, daß man bei der Direktion, wie bei dem Kollegium diesen Ausdruck lebhaft bedauert hat. Allein ich müßte mich sehr täuschen, wenn ich sage, der Ausdruck



„ziemlich harmlos“ war so zu verstehen: gegenüber den Entstellungen und Uebertreibungen der Presse waren die Tatsachen ziemlich harmlos. Es sollte ein Verhältnis konstatiert werden zwischen dem, was tatsächlich passiert war und dem, was darüber geschrieben wurde. Sollte es anders gemeint gewesen sein, so würde ich es lebhaft bedauern. Die Vorgänge erscheinen auch mir keineswegs als harmlos.

Kollege Heimburger hat das letzte Mal von einem Zwang zum Besuch des Schülergottesdienstes gesprochen. Mir ist von einem Zwang nichts bekannt. Es stehen dem Religionslehrer irgend welche Zwangsmittel nicht zu Gebote. Auch die Verordnung für die katholischen Religionslehrer sagt, daß nur mit moralischen Mitteln eingewirkt werden dürfe. Die diesbezüglichen Verordnungen der Behörde beruhen auf dem Grundsatz, daß gegen den nachgewiesenen Willen der Eltern die Schüler zur Teilnahme an dem Gottesdienst durch Schulstrafen nicht angehalten werden sollen. Daß dann und wann einmal der Versuch gemacht wird, die Schüler durch Strafen zu zwingen, mag vorkommen. Jedenfalls steht es nicht im Einklang mit dem Geist der Verordnung. Es liegt in der Hand der Eltern, dies abzustellen. Erzwingene Religion ist die schlechteste, und ein Gottesdienst, in dem man die Schüler treiben muß, verfehlt die erwartete Wirkung.

Der Abg. Heimburger hat von dem Lateinunterricht in den Realschulen und seiner Behandlung durch den Oberschulrat gesprochen. Das gleiche gilt auch vom griechischen Unterricht in einer anderen hiesigen Anstalt. Auch dort behandelte man seitens der Behörde den griechischen Unterricht als Privatunterricht und verlangte, daß der Lehrer eine besondere Eingabe zur Genehmigung mache. Die Oberschulbehörde sollte nicht in dieser Weise vorgehen und solchen Unterricht nach Möglichkeit fördern.

Ueber die Schulordnung will ich nicht urteilen. Ich begrüße in ihr vor allem, daß sie der körperlichen Erziehung und gesundheitlichen Entwicklung der Jugend besondere Aufmerksamkeit schenkt. Ueber die Maximalzahl habe ich auch meine Bedenken. Die untersten Klassen sind nach meiner Ansicht zu sehr belastet. Nach meinen Erfahrungen ist gerade der Unterricht in den untersten Klassen der schwierigste. Der Einzelschüler muß da ganz anders erfaßt werden als oben, und es wäre darum zweckmäßig, die unteren Klassen klein zu gestalten, die oberen könnten stärker sein. Eine Aenderung wird freilich schwer möglich sein. Ich wünsche, daß im Anschluß an die treffliche Schulordnung die Behörde auch an eine Revision unserer Lehrpläne tritt und die Forderungen moderner Pädagogik, wie der physiologischen und schulhygienischen Kongresse, soweit sie Beachtung verdienen, berücksichtigt, ebenso die Forderungen über den deutschen und den Geschichtsunterricht, die hier ausgesprochen worden sind.

Sehr warm unterstütze ich die Wünsche unserer Real- und Zeichenlehrer. Das Einrücken in etatmäßige Stellen ist ihnen sehr erschwert. Bei der Bedeutung des Zeichenunterrichts wird es zweckmäßig sein, daß der Unterricht in die Hände der festangestellten Lehrer gelegt wird. Ich freue mich immer, wenn ich eine Ausstellung von Schülerzeichnungen sehe. Uns war der Zeichenunterricht verhaßt, weil wir jahrelang nichts als Ornamente nach Vorlage zeichnen mußten. Jetzt ist man zu der Uebung zurückgekehrt, die jener Zeit vorhing. Man zeichnet nach Modellen in der Natur. Mit Vergnügen sehe ich unsere Zeichenlehrer in Heidelberg mit den Schülern hinausziehen in die Natur und dort Motive für ihre

Uebungen suchen. Dabei lernen unsere Schüler auch sehen.

Eigenartig berührt haben mich die Ausführungen des Kollegen Bihler über Orden und Auszeichnungen. Mir sind derartige Wünsche weder von meinen Kollegen noch von Theologen bekannt geworden und ich meinte bis jetzt immer, daß der schönste Schmuck des Lehrers nicht außen an der Brust hänge, sondern drinnen sei, nämlich das Bewußtsein treuester Pflichterfüllung, das Bewußtsein, an der Größe und Entwicklung seines Vaterlandes mitgewirkt zu haben durch Heranbildung einer sittlich tüchtigen und wissenschaftlich gut ausgebildeten Jugend; daß der schönste Glanz für uns der ist, der aus den Augen unserer Kinder uns entgegenstrahlt, die uns lieb haben u. auf uns vertrauen, weil wir ihnen Liebe und Vertrauen entgegenbringen.

Der Abg. Lehmann hat einen Gufarenritt auf das theologische Gebiet gemacht. Ihm dahin zu folgen, habe ich nicht die Absicht, da müßte ich längere Auseinandersetzungen über theologische Fragen anstellen. Auch bin ich überzeugt, wenn ich mit Engelszungen redete, könnte ich ihn nicht überzeugen; denn es gehört zum eisernen Bestand seiner Partei, daß sie in uns Theologen immer die Rückständigsten unter den Rückständigen sieht. Seine Ausführungen mögen, das tröstet mich, vielleicht Anknüpfung in einer Volksversammlung finden, aber im Kreis der Männer, die sich mit diesen Fragen auch nur einigermaßen befaßt haben, werden sie nur ein Lächeln hervorbringen. Wenn er über diese Dinge orientiert sein will, bin ich gerne bereit, mit ihm in einem Privatissimum darüber zu sprechen oder, wenn er mir nicht glaubt, aus meiner Privatbibliothek ihm Bücher darüber zur Verfügung zu stellen.

Noch ein Wort an den Kollegen Zehnter. (Abg. Zehnter: Oho!) Sein Schlusswort von gestern hat bei mir Widerspruch, aber auch lebhaften Anknüpfung gefunden und Seiten berührt, die, wie er weiß, auch von mir angeschlagen worden sind. Wenn er mit seinen Ausführungen über das, was vor 300 Jahren geschehen ist, die Tatsache der Reformation gemeint und geglaubt hat, darüber sein Bedauern aussprechen zu müssen, dann müßte ich ihm entschieden widersprechen. (Abg. Zehnter: Ich habe den 30jährigen Krieg gemeint.) Ich weiß wohl, die Reformation hat unsere nationale Entwicklung auf längere Zeit hinaus aufgehalten, aber sie hat unsern deutschen Volk Kulturgüter gegeben, an denen auch die katholische Kirche teil nimmt; und so sehr man die Spaltung bedauern muß, so sehr wird man es würdigen können, daß die Güter, die wir gewonnen haben, es wert waren, daß wir schwere nationale Opfer gebracht haben. Ich glaube, daß Deutschland an seiner heutigen Stelle nicht stehen würde, wenn wir keine Reformation gehabt hätten. Wenn Abg. Zehnter aber gemeint hat, daß wir innerhalb Deutschlands den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und den Versuch machen sollten, daß die einmal bestehenden Konfessionen einen modus vivendi finden und ihre gegenseitigen Rechte und Besitztümer anerkennen und sich über die trennende Kluft die Hand reichen sollen, dann stimme ich ihm aus vollem Herzen bei. Das weiß ich, und Kollege Zehnter auch, es ist ein großer und schwerer Weg zu diesem Ziel. Dann müßten wir Protestanten lernen, die katholische Kirche so zu nehmen, wie sie ist, und es wird die protestantische Kritik — nicht die wissenschaftliche, sie darf nicht verstummen, denn nur der Kampf erzeugt neues Leben — vermeiden müssen, was katholisches Empfinden verletzt. Es wird aber ebenso sehr notwendig sein,



daß auch auf Ihrer Seite (zum Zentrum) das vermieden wird, was uns Protestanten sehr wehe tun muß, sowohl auf Seiten Ihrer kirchlichen Organe, als auch auf Seiten derer, die in der Presse die Anschauungen Ihrer Kirche vertreten. Dann wird vor allem auch das Zentrum darauf verzichten müssen, auch wenn es schwer wird, zu verlangen, daß der Jesuitenorden in Deutschland seinen Einzug hält. (Widerspruch im Zentrum.) Wir werden bei anderer Gelegenheit darauf zu sprechen kommen. So lange die Herren im Zentrum diese Forderung aufrecht erhalten, klingt das Wort des Propheten in unseren Ohren: „Sie rufen Frieden, Frieden, und ist kein Frieden“. (Lautes Bravo bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Binz: Die reiche Ausstattung des Mittelschulwesens in der Stadt Karlsruhe mußte es mir von vornherein nahe legen, mich in die Reihe der Redner zur Generaldebatte einreihen zu lassen. Gleichwohl habe ich, obwohl ich eine Reihe von Einzelwünschen vorzutragen gehabt hätte, nach der ausgezeichneten Rede meines Freundes Wildens mich entschlossen gehabt, auf das Wort zu verzichten im Interesse der Abkürzung der Debatte und weil ich der Meinung war, daß das, was gesagt werden muß, auch von unserer Seite bereits eingehend dargelegt worden ist. Wenn ich unter diesen Umständen trotzdem meine Wortmeldung aufrecht erhalten habe, so wird es begreiflich sein, weniger im Hinblick auf die Ausführungen des Abg. Zehnter, welche bereits durch die Ausführungen des Abg. Rohrhoff gewürdigt worden sind, sondern im Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Ministers. Er war es, der wiederholt an uns die Mahnung richtete, uns Beschränkung aufzuerlegen. Ich darf konstatieren, daß der Herr Minister mehrere Gegenstände in die Debatte hereingezogen hat, die wohl sonst von keinem der Herren aufgegriffen worden wären. Er hat nicht nur zuerst das Stichwort Jungliberalismus ausgegeben, sondern auch zurückgegriffen auf die Justizdebatte. Ich bedauere außerordentlich, daß ich bei den Ausführungen des Herrn Ministers die Erfahrung machen mußte, daß meine damaligen Ausführungen einen gewissen Stapel in seinem Herzen zurückgelassen hatten. Ich habe geglaubt, ich hätte meine Ausführungen in der Justizdebatte durchaus objektiv gehalten, so daß sich niemand hätte verletzt fühlen können. Da ich so notgedrungen wieder zum Wort komme, so sei es mir erlaubt, aus dem reichen Gebiete, das im Laufe der Generaldebatte sich herausgebildet hat, einige Punkte herauszugreifen, um meine Meinung darüber zu sagen.

Zunächst möchte ich entschieden das unterstützen, was über die Errichtung eines zweiten Gymnasiums in Karlsruhe gesagt worden ist. Obwohl ich die Verhältnisse näher kenne, will ich auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur an die Unterrichtsverwaltung die Bitte richten, tunlichst bald an den notwendigen Neubau zu gehen. Ebenso möchte ich unterstützen, was über die Reallehrer gesagt worden ist, und auch die Wünsche, die aus den Kreisen der Handarbeitslehrerinnen laut geworden sind. Auch mir ist es ein Herzensbedürfnis, gegen die Ausführungen, die der Abg. Lehmann in deplazierter Weise über die Bibel machen zu müssen geglaubt hat, Stellung zu nehmen. Ich habe bei seinen Worten den Eindruck gehabt, er hätte dies nicht getan gegenüber dem Buche der Bücher, das zu allen Zeiten von den ersten Geistern der Nationen mit Bewunderung gelesen worden ist, wenn er ein einziges Mal mit Andacht der Aufführung der Matthäus-Passion oder der Aufführung der Schöpfung oder der Jahreszeiten beigewohnt hätte. Er hätte dann empfinden können, daß große Geister, mit denen die Geister der sozialdemokratischen Partei sich wahrlich nicht

vergleichen können, sich an diesem Wunderwerke begeistert haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie lachen, Sie verstehen es eben nicht, wie große Männer mit schlichtem Sinn dieses große Buch beurteilen konnten. Der Abg. Lehmann nimmt an, daß die bezüglichen Erzählungen der Bibel im Widerspruch mit der Wissenschaft stünden. Ich empfehle ihm unter andern die philosophische Schrift von Professor Kircher zur Lektüre, der nachweist, daß die moderne Wissenschaft in ihren Ergebnissen keineswegs der Darstellung der Bibel widerspreche. Auch der Darwinismus habe nicht Ergebnisse zu Tage gefördert, denen die Bibel widerstreite. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Lassen Sie mir meine Ueberzeugung, die nicht erst von heute ist. Liberalismus und Materialismus sind nicht gleichbedeutende Dinge. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Minister hat sich wiederholt darüber beklagt, daß auf dieser Seite Reden gehalten werden, die eine kulturkämpferische Stimmung verrieten. Der gleiche Vorwurf gegen die Nationalliberalen wird tagtäglich in der Zentrumspresse erhoben. Auch die sozialdemokratische Presse pflegt uns bisweilen des Kulturkampfes zu beschuldigen, indem sie behauptet, die Art, wie wir gegen hierarchische Bestrebungen auftreten, sei kulturkämpferisch. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Aber auch die sozialdemokratische Presse wird ja vom Zentrum des Kulturkampfes beschuldigt. Auch der Freisinn und die demokratische Partei, deren Sprecher jüngst erfreulicherweise einen Vorstoß gegen die katholischen Studentenverbindungen gemacht hat. Unter diesen Umständen muß es eigentümlich berühren, wenn gegen diejenigen Bevölkerungskreise und Vertretungen, die liberal denken, auch vom Ministerium wiederholt die Neufassung fiel, man treibe Kulturkampf oder nehme wenigstens Anläufe, solchen zu treiben. (Abg. Früh auf: Sehr richtig! Große Heiterkeit.) Gegen diesen Vorwurf ist niemand gesichert außer den eingeschwozrenen Anhängern der Zentrumsparthei. Auch der Herr Minister hat sich ja in den letzten Tagen nach einem Artikel des Badischen Beobachters einer Art Kulturkämpferi schuldig gemacht; darnach habe er eine Verbeugung gegen die Jungliberalen gemacht, indem er zwei Mitglieder des Oberschulrats zu unserer Debatte nicht an den Regierungstisch besaß.

Ich habe auch sehr bedauert, daß der Herr Minister einen Stein auf die jungliberale Bewegung geworfen hat. Ich bin der Letzte, der gewisse Uebertreibungen billigen wollte. Ich darf vielmehr für mich in Anspruch nehmen, daß ich überall, wo es möglich war, solchen Uebertreibungen entgegentrat. Wenn der Abg. Zehnter gestern den Herrn Professor Boethling den geistigen Vater der Jungliberalen genannt hat, so erkenne ich zwar darin die gute Absicht einer solchen Konstruktion, bedaure aber feststellen zu müssen, daß diese Behauptung durchaus unrichtig ist. Die jungliberale Bewegung ist in Norddeutschland zuerst entstanden. An ihr war Professor Boethling sicherlich unbeteiligt. Ebenso wenig ist er aber der geistige Vater der badischen jungliberalen Bewegung. Aus der Mitte unserer Partei selbst und ihrer leitenden Kreise wurde darauf hingewirkt, daß die liberal gesinnte Jugend sich zusammenschließt, wie dies ja bei der Zentrumsparthei seit lange mit großem Erfolg geschehen ist, und sich mehr als früher wieder in die öffentlichen Angelegenheiten einarbeite. Ich begrüße es, daß in Mannheim und Konstanz die Jungliberalen gegen Boethling energisch Stellung genommen haben. Schon vor Jahr und Tag habe ich mich in einer großen Versammlung der nationalliberalen Partei gegen die Kampfesweise Boethlings recht deutlich verwahrt und erklärt, daß auf diesem Wege die liberale



Sache nimmer gefördert werden könne. Dies hat in allen liberalen Zeitungen gestanden. Gleichwohl hat die Zentrums-Presse — und daran erkennt man ihre Kampfesweise — diese meine Aeußerung verschwiegen und den Schein aufrecht zu erhalten gesucht, als ob die national-liberale Partei im ganzen mit Böhrling einverstanden sei. Hat das alles nun seine Richtigkeit, so darf man seine Augen doch dagegen nicht verschließen, daß eine gewisse starke und manchmal leidenschaftlich scheinende Bewegung durch den liberalen Teil des Volkes geht, der dann Erscheinungen zeitigt wie den Schulprotest. Das darf doch weder die Volksvertretung noch die Regierung ignorieren, welche Männer ihn unterzeichnet haben. Wenn Sie die 3000 Unterschriften ansehen, werden Sie Namen darunter finden, deren Träger ihnen die Gewähr bieten, daß es sich hier nicht um unüberlegte Manifestationen handelt, über die man zur Tagesordnung übergehen kann. Sie finden Namen der besten Männer unseres Landes, die in dieser Richtung Besorgnisse hegen und meinen, es müsse ein deutliches Wort gesprochen werden. Nicht etwa, als ob der Herr Unterrichtsminister seinerzeit Anlaß gegeben hätte, Mißtrauen in seinen guten Willen und seine im besten Sinne des Wortes liberale Gesinnung zu hegen; dies zu behaupten liegt mir durchaus fern. Aber es gibt gewisse Gefahren, die der eine höher, der andere geringer ansieht. Eine Regierung kann, meine ich, nur dankbar sein, wenn sie gegenüber gewissen Volksbewegungen auf gefährliche Klippen aufmerksam gemacht wird. Wir wollen uns freuen, wenn die Prüfung und Aussprache zu dem Ergebnis führt, daß die Unterrichtsverwaltung ihre Schulldigkeit getan hat, wie wir es in Baden gewöhnt sind, und daß sie auch fest entschlossen ist, die Gesetze strikte durchzuführen und keinen Einbruch von unberufener Seite zu dulden. Wenn dieses das Ergebnis ist, hat dann nicht auch die Regierung Ursache, sich zu freuen? Ist das nicht besser, als wenn wir hier geschwiegen und gegenüber der Bewegung im Volke den Kopf in den Sand gesteckt hätten? Wir sind ja in Baden in der glücklichen Lage, ein Zentrum uns gegenüber zu sehen, das sich auf den Standpunkt stellt: Wir akzeptieren die Gesetze der liberalen Aera, wir verlangen weiter nichts als ihre Durchführung. Auf diesem Standpunkt steht wenigstens unser offizielles Zentrum. Ich hoffe, daß unsere Beratung einerseits Treibereien ein Ende macht, und die Regierung andererseits darauf bedacht ist, wie bisher auch in Zukunft die volle Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der staatlichen Schulen gegenüber der Kirche zu wahren.

Ueber die im Schuldienst beschäftigten Theologen möchte ich noch einiges hinzufügen. Ich stimme mit dem überein, was Hohrhurst und Wildens ausgeführt haben. Ich will aber der Erfahrung Ausdruck geben, die sich auf die Mitteilung ernster Schulmänner gründet, daß vielfach bei kath. Religionslehrern — es sind dies natürlich nur Ausnahmen — die Tendenz besteht, gewisse einseitige konfessionelle Dinge in die Schule hineinzutragen. Ich erinnere daran, welche traurigen Erfahrungen wir hier mit 3 katholischen Kaplänen gemacht haben. Sie mußten wegen ungebührlichen Verhaltens und weil sie den Mädchen und Knaben skandalöse Bücher in die Hände gegeben haben, entfernt werden. Wenn irgendwo ein Oberamtmann sich einer Handlungsweise schuldig macht, die auch nur im entferntesten inoffiziell ist, da sind gewisse Herren immer bei der Hand, die Sache gleich in die Presse zu bringen und eine Debatte darüber wo möglich im Landtag herbeizuführen. Bei der heutigen Zusammenfassung des Hauses ist dies vielleicht nicht so oft der Fall wie früher. Die Diener der Kirche nehmen gleichfalls eine öffentliche-rechtliche Stellung ein. Sie

müssen sich der Schulordnung fügen und in dem Gesamtgeiste wirken, der als der richtige für die Schule erkannt ist. Ich hebe mit Befriedigung hervor, daß die erzbischöfliche Kurie in Freiburg zur Entfernung jener Kapläne die Hand geboten hat. Wenn die Herren sich für die von den Kaplänen sozusagen kolportierten Bücher interessieren, so stehen sie hier zur Verfügung. Zehnter hat am Schluß seiner Rede einen Appell an diese Seite des Hauses gerichtet, der bei mir angenehmen Wiederhall gefunden hat. Wie freudig würden wir es begrüßen, wenn wir ohne Unterschied der Konfession, ohne diese Streitigkeiten geschlossen eintreten könnten zur Förderung der Macht und Größe des Vaterlandes. Es wäre schön, ja es wäre zu schön gewesen, — es kann leider nicht sein und daß es nicht sein kann und wir immer wieder darauf zurückkommen müssen, — die moralische Schuld schreibe ich derjenigen konfessionellen politischen Partei zu, die schon durch ihr Bestehen dem Volk vor Augen führt, daß wir nicht berufen sind, gemeinsam zu arbeiten, sondern überall auf politischem Gebiet durch Sie das Volk in Konfessionen getrennt wird. Sie sagen, daß Sie sich mit der bestehenden Gesetzgebung zufrieden geben. Nun gut, so stehen Sie ab von den Forderungen, die Sie zur Beunruhigung unseres Volkes immer wieder erheben (lautes Lachen im Zentrum), dann wird Frieden eintreten. So lange Sie aber immer wieder mit neuen Forderungen hervortreten, nachdem die eine erfüllt ist, dann ist es selbstverständlich, daß die Beunruhigung auf diesem Gebiet nicht aufhören kann. Wir sind berufen vom Standpunkt der liberal gerichteten Bevölkerung aus, unsern Mann zu stellen und gegen die hierarchischen Bestrebungen allezeit wie unsere Vorfahren mit Entschiedenheit anzukämpfen.

Abg. Dr. Schneider: Ich möchte zunächst einen lokalen Wunsch der Stadt Lahr vorbringen. Er betrifft die Beitragspflicht der Stadt Lahr zu den Kosten ihres Gymnasiums. Dasselbe wurde im Jahre 1880 errichtet und die Beitragspflicht der Stadt gründet sich auf das damals erlassene Statut. Die Staatsbehörde ging damals von der Auffassung aus, daß der Staat an der Schaffung eines Gymnasiums in Lahr kein Interesse habe. Dementsprechend wurde auch die Beitragsleistung der Stadt geregelt. Die Stadt Lahr stellt das Gebäude, sie trägt die Kosten der Unterhaltung und der Heizung, der öffentlichen Abgaben und der Versicherung und leistet außerdem einen baren Beitrag von etwa 6800 M. Wenn man alle diese Kosten in den letzten 10 Jahren zusammenzählt, so kommt man auf eine Durchschnittsleistung von jährlich 9100 M. Außerdem leistet die Sparkasse in Lahr einen Zuschuß von 4000 M. jährlich, wovon die Hälfte der Stadt Lahr zukame, ohne diese Beitragspflicht an den Staat. Seit dem Jahr 1880 haben sich nun die Verhältnisse in Lahr wesentlich geändert. Die Einwohnerzahl ist auf 15000 gestiegen, es sind seitdem 2 Regimenter und außerdem mehrere Militärbehörden nach Lahr gekommen, so daß die Schülerzahl erheblich gewachsen ist. Während anfangs der achtziger Jahre jährlich nur 2 Abiturienten das Gymnasium verließen, beträgt jetzt die Zahl der Schüler in der Unter- und Oberprima 27. Man kann daher nicht behaupten, daß der Staat kein Interesse am Gymnasium habe. Demzufolge hat der Stadtrat in Lahr vor Jahresfrist eine Eingabe an den Oberschulrat gerichtet um anderweite Regelung der Beitragspflicht. Ich möchte die Oberschulbehörde bitten, sich über diese Frage zu äußern und der Eingabe der Stadt Lahr Wohlwollen entgegenzubringen. Die Stadt Lahr wünscht nicht nur eine andere Regelung des Barbeitrages, sondern auch, daß der Staat für ein



anderes Gebäude Sorge, da die Stadt auf das Gymnasiumsgebäude für andere Schulzwecke angewiesen ist.

Ich möchte weiter folgendes zur Sprache bringen: Es finden alle zwei Jahre Revisionen an den Mittelschulen statt, und nach diesen ergeht seitens des Respektanten ein allgemeiner Bescheid an das Gymnasium. Ueber die Leistungen des einzelnen Lehrers ist darin absolut nichts enthalten, wohl aber werden über jeden einzelnen Lehrer zu den Personalakten Bemerkungen über seine Leistungen gemacht. Es ist der Wunsch vieler Lehrer, daß nach dieser Prüfung den einzelnen Lehrern Bescheid über das Ergebnis der Prüfungen zukommt, soweit ihre Person in Frage kommt.

Ein weiterer Punkt betrifft den Konfirmandenunterricht an den Mittelschulen der der Städteordnung nicht unterliegenden Städte. An den zwei einzigen freien Nachmittagen in der Woche wird dieser Unterricht gegeben, so daß die Kinder keinen einzigen Nachmittag frei haben, was nicht im gesundheitlichen Interesse der Kinder liegt. Die Geistlichen sind bereit, den Unterricht zu anderer Zeit zu geben, erklären aber dazu nicht in der Lage zu sein, weil dem eine Verfügung des Oberschulrats entgegenstehe. Der Wunsch der Eltern ist, daß entweder andere unwichtige Unterrichtsgegenstände, z. B. Turnen, Singen, Zeichen bezüglich der Konfirmanden wegfalle, oder daß der Oberschulrat in anderer Weise eine Regelung treffe.

Ich möchte mit einigen Worten auf die Verhältnisse des Konstanzer Gymnasiums eingehen, da der Abg. Gießler verschiedene Punkte berührt hat, die bisher noch keine Aufklärung gefunden haben. Er hat ausgeführt, daß von Seiten des Direktors den Beschlüssen der Lehrerkonferenz nicht genügend Beachtung geschenkt worden sei. Der Abg. Gießler hätte besser getan, konkrete Fälle anzugeben. Er wird aber keinen Beschluß der Lehrerkonferenz nennen können, der von dem Direktor auf die leichte Schulter genommen oder nicht ausgeführt worden wäre. Der Abg. Gießler hat gemeint, der Direktor hätte vorsichtiger sein müssen mit Rücksicht auf die standalösen Vorgänge auf dem Abiturientenkommerse vor einigen Jahren. Was ist nun aber hier vorgegangen? Die Abiturienten haben einfach eine Bierzeitung drucken lassen, in welcher in einem Gedicht ein Mitschüler mit seiner Zustimmung verhöhnt wurde. Es befanden sich nun Stellen darin, welche von Zentrumsseite als Verhöhnung der katholischen Kirche ausgelegt wurden. Die Schüler wurden mit Verweis und Karzer bestraft; es wurde im nächsten Jahr die ganze Bierzeitung konfisziert und im darauffolgenden Jahr die Herausgabe einer solchen überhaupt verboten. Es wurde gesagt, man hätte bei einiger Vorsicht den jetzt in Frage stehenden Fall vermeiden können. Dieser Fall war aber derart, daß niemand in der Lage war, ihn zu vermeiden. Denn was vorgegangen ist, geschah am hellen Tag oder abends an abgelegenen Stellen. Die Vorkommnisse waren die Folgen der Verführung seitens eines raffinierten Mädchens, das nach seiner Seite hin in der Öffentlichkeit als einer solchen Tat verdächtig geachtet wurde. Das betreffende Mädchen hatte sogar noch bei der Kaiserfeier des Konstanzer Regiments als Koryphäe des Abends mitgewirkt und bei den Damen des Regiments Platz genommen. Wie sollte es da dem Direktor möglich sein, dahinter zu kommen? Es ist deshalb außerordentlich bedauerlich, daß die Zentrumspresse in gehässiger Weise gegen den „liberalen“ Direktor und gegen die „freien“ Gymnasien die Vorkommnisse in Konstanz ausgeschlachtet hat. Der erste der Schüler, der sich verstellte, war erzogen im Kloster

Gorheim und dann im dem Konvikt zu Konstanz (Zuruf: ausgewiesen) — aber erst nachdem die Verfehlung erfolgt war. Ein anderer Schüler war bei den Jesuiten in Feldkirch erzogen und nachher auf dem Konvikt in Freiburg. Er soll, wie mir von glaubwürdiger Seite versichert wurde, geäußert haben, was er in Konstanz getan habe, habe er bei den Jesuiten gelernt. (Weiterheit.) Wie hat sich nun die Zentrumspresse, insbesondere der Direktor des Konstanzer Konvikts verhalten? In Nr. 66 des „Badischen Beobachters“ findet sich eine Erklärung des Direktors des Konstanzer Konvikts, in der es heißt: „Bis zu seinem Weggange von unserer Anstalt hat der in Frage stehende junge Mann durch sein Betragen zu Bedenken gegen seine Sittlichkeit keinen Anlaß gegeben, sonst hätte er beim leisesten Rundwerden seine sofortige Entlassung erhalten. Wer will nun gegen den Unterzeichneten, gegen die von ihm geleitete Anstalt oder gegen die Gymnasialkonvikte im allgemeinen oder gegen das Kloster Gorheim einen Stein erheben? Wir bedauern den Fall des jungen Mannes tief, konnten ihn aber nicht verhindern.“ Ich meine nun, was dem Konviktsvorstand recht ist, soll dem andern — dem Direktor — billig sein. Wie kann bei dieser Sachlage behauptet werden, daß Direktor Mathy derartige Vorgänge hätte verhindern können? Es sollte den Herren doch auch bekannt sein, daß Schüler von Konvikten schon nachts nach 11 Uhr aus der Anstalt ausgeflogen sind.

Der Abg. Gießler hat dem Direktor des Konstanzer Gymnasiums weiter vorgeworfen, es gehe nicht an, daß er den Schülern erlaube, in öffentlichen Theateraufführungen mitzuspielen. Man könnte darnach glauben, daß Schüler ständig als Schauspieler aufgetreten seien, und daß die Vorkommnisse in Konstanz irgendwie im Zusammenhang damit stünden. Das ist aber nicht der Fall. Richtig ist, daß bei zwei Theateraufführungen Schüler des Gymnasiums aufgetreten sind. Der Direktor des dortigen Theaters ist ein durchaus ehrenhafter und zuverlässiger Herr. Er war früher Offizier und ist heute noch Reserveoffizier. Er hat den Direktor Mathy gebeten, die außerordentliche Abiturientenprüfung ablegen zu dürfen, und hat Stunden bei Professoren des Gymnasiums genommen. Er hat weiter auch verschiedene treffliche Schüleraufführungen gegeben. Die Abiturientenprüfung hat er kürzlich mit der Note „gut“ bestanden. Nun hat er in diesem Jahre, daß bei der Festaufführung an Kaisers Geburtstag bei der Aufführung des Stückes von Kleist „Prinz von Homburg“ einige Schüler der Prima des Gymnasiums mitwirken dürfen. Der Direktor hatte zuerst Bedenken, und erst als ihm zugesichert war, daß die mitwirkenden Schüler eine besondere Garderobe bekämen und nicht mit den Schauspielern außer auf der Bühne zusammenkämen, gab er die Erlaubnis. Den Beweis dafür, daß die Schüler bei dieser Aufführung einen sittlichen Schaden genommen hätten, muß der Abg. Gießler erst noch führen. Auf den zweiten Fall, in dem die Erlaubnis zur Mitwirkung bei einer Theateraufführung erteilt wurde, will ich bei der Kürze der Zeit nicht eingehen; er lag ähnlich. Weitere Genehmigungen wurden nicht mehr erteilt. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß die Genehmigung zu einer solchen Mitwirkung in Zukunft überhaupt nicht mehr erteilt wird.

Ich möchte sodann in Kürze auf einige Ausführungen des Abg. Zehnter zurückkommen. Er hat gestern verlangt, wenn ich ihn richtig verstanden habe, daß bei der Besetzung der Kreis Schulvisitationen volle Parität bis auf den letzten Punkt hergestellt werde. (Abg. Zehnter: Es ist mir gar nicht eingefallen, etwas derartiges zu behaupten!) Jedenfalls war der Sinn seiner Ausführungen



der, daß die Katholiken nicht hinter den Evangelischen zurückstehen wollten. Wie soll nun aber diese Parität ausfallen? Sollen einfach nach der konfessionellen Bevölkerung in Baden 60 Proz. aller Kreisschulräte katholisch sein? Unter diesen 60 Proz. der katholischen Bevölkerung sind doch tausende und abertausende Katholiken, die nicht dem Zentrum angehören und die wollen, daß diese Stellen nicht nach konfessionellen Rücksichten, sondern nach der Tüchtigkeit und Befähigung besetzt werden. Sollen aber dann etwa die bei den Wahlen abgegebenen Zentrumsstimmen zu Grunde gelegt werden? Wo würden wir da hinkommen? Wir würden Punkt für Punkt zurückgedrängt werden, und schließlich müßten noch die Posten der Nachtwächter und Schulleute nach konfessionellen Rücksichten besetzt werden. (Heiterkeit.) Mit solchen Forderungen treibt man allerdings Kulturkampf, und deshalb hat der Abg. Obkircher Recht, wenn er auf die Gefahren hinweist, die bei etwaiger Machtstellung des Zentrums für den Staat und den öffentlichen Frieden erwachsen.

Der Abg. Zehnter hat einen Unterschied machen wollen zwischen dem Abg. Obkircher und den übrigen national-liberalen Parteigenossen. Soweit ich die Verhältnisse kenne, glaube ich, hat er damit Unrecht. Wenn Kollege Obkircher vorwiegend die in Frage stehenden Kulturkampffragen hier zur Sprache bringt, so tut er es, weil er Berichterstatter für das Budget des Unterrichts und Kultus ist, und weil seine Ausführungen mit dem Referat zusammenhängen. Die von ihm angeführten Fragen sind in der Luft gelegen. Wenn Abg. Obkircher sie nicht berührt hätte, so wären sie eben von anderer Seite angeschnitten worden. Der Abg. Zehnter hat freilich gemeint, das sei weder national noch liberal, sondern verbohrt Kulturkämpferei. Mit solchen Wendungen kann man vielleicht in kleinen Dörfern Effekt machen, hier nicht. (Zuruf: Das stimmt.) Der Abg. Zehnter muß doch wissen, daß das, was die national-liberale Partei früher auf dem Gebiet der Schule, der Stiftungsgesetzgebung, der Ehegesetzgebung, der Personenstandsbuchführung anstrebte und erreichte, ebenfalls auch von den Herren vom Zentrum als verbohrt „Kulturkämpferei“, als „Hezerei“ und als „Friedensstörung“ bezeichnet wurde. Nun, nachdem es erreicht ist, muß sogar der Abg. Zehnter meiner Partei das glänzende Zeugnis ausstellen, das Erreichte habe sich so eingelebt, daß auch seine Partei nicht mehr dagegen ankämpfe. Ich habe die Ueberzeugung, daß der Abg. Zehnter schließlich auch zugibt, daß das, was wir jetzt vertreten, keine Kulturkämpferei war. Müßte doch selbst der Herr Minister zugeben, daß eine gewisse Gefahr bei der Ueberhandnahme von Priestern auf unseren Mittelschulen entstehen könne, nur liege diese Gefahr jetzt noch nicht vor.

Wenn nun über den Grad und die Eintritt der Gefahr Meinungsverschiedenheit besteht, so kann man doch nicht mit Wendungen wie: „öde Kulturkämpferei“ kommen. Der Herr Unterrichtsminister hat auch davon gesprochen, daß eher von einer evangelischen Klerikalisation als von einer katholischen bei den Mittelschulen die Rede sein könne. Der Abg. Rohrhurst hat ihm darauf in einem Sinne erwidert, in dem ich die Ausführungen des Herrn Ministers nicht verstanden habe. Ich habe die Äußerung des Herrn Ministers so aufgefaßt, als ob die evangelischen Theologen nicht bloß der Zahl nach überwiegend seien, sondern daß eher von einem Einfluß evangelischer Herrschaftsbestrebungen, als von katholischen Herrschaftsbestrebungen auf unseren Mittelschulen die Rede sein könne. Herr Zehnter hat sich sofort auf diese Äußerung des Herrn Ministers gestützt und ebenfalls von einer evangelischen Klerikalisation gesprochen, aber gewiß nicht in

dem vom Kollegen Rohrhurst dargelegten Sinn. Die Äußerung des Herrn Ministers hat draußen Anstoß erregt. Selbst wenn man annehmen wollte, es habe der Herr Minister bloß sagen wollen, daß die Zahl der evangelischen Theologen größer sei als der katholischen, so ist das nur in gewissem Sinn richtig. Man muß die Zahlen besonders beurteilen. Dann wird man finden, daß seit der Amtsführung des Herrn Ministers allerdings etwas eingetreten ist, worauf ziffermäßig noch nicht hingewiesen wurde. Vor dem Jahr 1891 wurden Theologen ohne Prüfung übernommen, oder hatten das philologische Vollexamen zu machen. Letzteres wurde aber von evangel. und kathol. Seite sehr selten gemacht. Heute sind noch 3 evangelische Theologen, die vor dem Jahr 1891 ihr philologisches Examen gemacht haben, angestellt, etwa ebensoviele katholische. Seit 1891 nimmt man überhaupt keine Theologen mehr ohne Examen. Der Theologe, der an den Mittelschulen tätig sein will, muß wenigstens das kleine Examen machen. Staatsminister Hoff hat aber vorausgesehen, daß die Uebernahme von Theologen in den Staatsdienst Anstoß geben könne, wenn sie Geschichtsunterricht geben und hat deswegen bei der Verordnung von 1891 beim kleinen Examen die Prüfung in Geschichte nicht zugelassen. Auch die neue Verordnung von 1903 läßt das Geschichtsexamen beim kleinen Examen nicht zu. Seit 1891 haben nun 7 katholische und 8 evangelische Geistliche das kleine Examen gemacht. Von 1891 bis jetzt hat aber das Vollexamen nur ein einziger evangelischer Theologe gemacht, ein Mann, der nur darauf gewartet hat, aus seinem Berufe herauszukommen und die Theologie aufzugeben. Von 1891 bis 1900 haben auch nur 2 katholische Theologen das volle Examen gemacht. Der jetzige Herr Kultusminister ist seit 1900 im Amt; und wie ist es seitdem geworden? Von 1900/1903 haben nach meinen Informationen 7 katholische Geistliche das volle philologische Examen gemacht. Im Jahr 1900 machte einer das volle Examen, 1901 einer, 1902 drei, 1903 zwei, während es doch von 1891 bis 1900 nur zwei waren. Jetzt in dieser kurzen Zeit schon 7 (Heiterkeit im Zentrum). Sie lachen meine Herren, aber wie kommt es, daß seit 10 Jahren nur ein evangelischer Theologe das volle Examen gemacht hat, während jetzt seit vier Jahren die katholischen Theologen in steigendem Maß aufgrund des Vollexamens in die Mittelschulen einbringen (Abg. Neuhaus: Bildungsdrang). Das ist kein Bildungsdrang. Der Grund liegt darin, daß das Bestreben vorliegt, für die katholischen Geistlichen auch den Geschichtsunterricht in der Mittelschule und damit die Herrschaft in der Mittelschule zu erlangen. Wenn erst das Zentrum noch mächtiger geworden ist und noch mehr kath. Geistliche ihr Vollexamen gemacht haben, werden die Herren vom Zentrum im Namen der Parität und Gerechtigkeit fordern, daß man die katholischen Theologen auch Geschichte in unseren Mittelschulen lehren läßt, was man früher doch verhindern wollte. Denken Sie an die Konviktsgesetzgebung. Die Konvikte sollten nur für kath. Theologen gestattet sein. Man hat bei der Gesetzgebung, insbesondere im Jahr 1888 gegen diese Konviktsziehung auf liberaler Seite die größten Bedenken gehabt. Deswegen hat auch die Regierung 1891 bei denjenigen Theologen, die nur das kleine Examen gemacht haben, den Geschichtsunterricht ausgeschlossen. Er sollte nicht Priestern, die von der Kurie abhängig und in dem einseitigen klerikalen Konviktsgeiste ausgebildet sind, überliefert werden. Der Geschichtsunterricht in der Schule muß ohne konfessionelle Sonderinteressen nur im wissenschaftlichen Geiste gelehrt werden. Leute, die auf dem Standpunkt von Demnile, Pastor und Janßen stehen, sollten keinen Geschichtsunterricht in unseren Mittelschulen geben. Die Regierung ist nach dem Gesetz allerdings nicht in der Lage,



die Geistlichen von den Kollegamen auszuschließen. Sie sollte aber Klarheit darüber schaffen, daß das Bestreben der Herren den Geschichtsunterricht und die Herrschaft in den Mittelschulen zu erlangen, ein Vergebliches ist.

Ich möchte noch einige Worte über die Äußerung des Herrn Ministers über die Jungliberalen sagen. Der Herr Minister hat keine Veranlassung gehabt, die Jungliberalen in die Diskussion zu ziehen. Kollege Obkircher ist nicht jungliberal, und die Schulpetition geht nicht von den Jungliberalen, sondern von einem Kreise angesehenen Männer aus allen Parteien aus. Wie kann da nun der Herr Minister in verletzender Weise zu seiner Äußerung kommen, wo er doch weiß, daß Jolly 1874 die Konvikte aufgehoben hat. Der Herr Minister kann beruhigt sein; Männer wie Jolly und Lamey werden von den Jungliberalen anerkannt. Er möge nur den Versuch machen, Männer solchen Geistes in den Oberschulrat zu berufen, die Jungliberalen haben nichts dagegen einzuwenden, auch dagegen nicht, wenn der Herr Minister sein Amt mit der Tatkraft im Geiste Jollys und Lameys verwaltet.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Frhr. v. Dusch: Ich bin heute in der festen Absicht in die Sitzung gekommen, das Wort nicht zu ergreifen. Ich würde es auch nicht tun, wenn nicht der Herr Abg. Schneider mir mit einer gewissen Festigkeit Tatsachen vorgeworfen hätte, die nicht richtig sind, und wenn sie es wären, mir nicht im geringsten zur Last gelegt werden könnten. Der Herr Abg. Schneider hat nochmals die Religionslehrer in Schulen in den Kreis seiner Erörterungen gezogen und mit einer direkten Spitze gegen mich die Tatsache konstatiert, daß jetzt auf einmal mehr katholische Theologen die Prüfung für das höhere Lehramt gemacht haben. Wie dies gegen mich verwertet werden kann, ist mir unbegreiflich. Man müßte denn annehmen, Herr Schneider meint, die Katholiken kommen, weil sie zu mir mehr Vertrauen haben und glauben, daß sie mir sympathischer sein könnten. Ich habe mir die Zahlen erst kürzlich verschafft und bin zum Ergebnis gekommen, daß auch das vom Herrn Schneider vorgebrachte Material unrichtig ist. Allerdings haben 1902 drei katholische Theologen die Vollprüfung gemacht, 1903 aber gar keiner, 1904 einer. Ich bin über die einzelnen Persönlichkeiten nicht orientiert, ich möchte aber doch feststellen, daß es mindestens auffällig ist, daß nunmehr wiederum von jener Seite des Hauses mit solcher Lebhaftigkeit Tatsachen vorgebracht werden, für die mich weder eine Verantwortung noch ein Vorwurf treffen kann. Ich wüßte nicht, welche Bestimmungen das Ministerium und den Oberschulrat berechtigten, evangelische oder katholische Theologen deswegen von der Prüfung zurückzuweisen, weil sie Theologen sind. Wie die Sache sich entwickeln wird, weiß ich nicht, aber eines weiß ich, daß die Zahl der in den Schulen beschäftigten Theologen keinen Anlaß zu irgend einer Besorgnis gibt, auch nicht in der Richtung, als ob das Fach der Geschichte nunmehr von katholischen Theologen überflutet würde. Ich bitte Sie die Seite 69 des Kommissionsberichts durchzugehen, ich habe mich der Mühe unterzogen, festzustellen, wie viel Geschichtsstunden von Theologen gegeben werden — ein Versehen wäre ja bei der schnellen Durchsicht möglich — ich habe aber gefunden, daß alle Theologen, die Geschichtsunterricht geben, evangelische Theologen sind. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß vor einiger Zeit hier in der Quarta des Gymnasiums ein römischer Priester Geschichtsunterricht erteilt hat. Es war aber altrömische Geschichte, ein Fach,

in welchem eine Klerikalisierung der Jugend nicht gut möglich ist. Ich muß derartige Angriffe zurückweisen. Da ich gerade das Wort habe, muß ich auch auf die mir so übel genommene Äußerung der „evangelischen Klerikalisierung“ zurückkommen. Wohin sollen wir kommen, wenn man jedes Wort, das man in einer so endlosen Debatte, wo man unvorbereitet sprechen muß, sagt, gegen den Redner ausbeutet? Ich glaube, daß in diesem ganzen Hause von meiner Äußerung niemand einen anderen Eindruck gewinnen konnte, als den, daß ich hervorheben wollte, die Zahl der evangelischen Theologen an unseren Schulen sei größer als die der katholischen Theologen. Daß ein evangelischer Theologe nicht „klerikalisiert“ kann, weil er keinem „Klerus“ angehört, eine solche Erwägung ist mir vollkommen fern gelegen; ich habe an eine Klerikalisierung in diesem Sinne gar nicht gedacht. Wenn wir mit der Schuldebatte überhaupt zu einem Ende kommen wollen, so möchte ich dringend bitten, nicht derartige Äußerungen in einer solchen Weise zu kritisieren und auf die Goldwaage zu legen. Ich möchte daran ein weiteres Wort anknüpfen, das mir auch sehr verüßelt worden ist, und auch Anstoß im Lande erregt haben soll: Das Wort über die Jungliberalen. Was habe ich nun gesagt? Ich habe ausgeführt, daß die Gesetze, die die Regierung anzuwenden habe, herrühren von den Männern, die wir zu den größten unter den Liberalen rechnen können. Ich habe gesagt, diese Männer würden vielleicht jetzt auch nicht mehr die gleiche Anerkennung bei den Jungliberalen finden. Daß sich dies nur bezieht auf die Schulgesetzgebung, speziell den § 110 des Elementarunterrichtsgesetzes, ist ganz handgreiflich. Ich wollte sagen, daß, wenn die Jungliberalen die Gesetze zu machen hätten, sie dieselben vielleicht ganz anders gestalten würden. Die Gesetze würden wohl nach der scharfen und weniger toleranten Art, die der Jugend eigen ist, ausfallen. Ich kann aber nur wiederholen, die Regierung hat die Gesetze anzuwenden, wie sie sind. Ich will dem Herrn Abg. Binz nicht in seinen Ausführungen über die Mannheimer, Karlsruher oder Konstanzener Jungliberalen folgen, ich verwahre mich nur dagegen, als ob ich die Jungliberalen hätte angreifen wollen; ich habe vielmehr nur den Standpunkt der Altliberalen gewahrt, indem ich darauf hinwies, daß ihre größten Männer jene Gesetze geschaffen haben.

Ich komme nun zu Herrn Abg. Binz, dem ich meinen Dank aussprechen kann; denn er war der erste — der Abg. Wildens hat sich erheblich vorsichtiger ausgedrückt — der offen anerkannt hat, daß die jetzige Unterrichtsverwaltung eine Schuld nicht treffe in der Handhabung der Gesetze. Ich kann seinen Ausführungen gegenüber nur versichern, daß die Regierung nur bestrebt ist, die Gesetze in dem Sinn auszuführen, wie sie erlassen sind. Daß die Regierung auch die etwa drohenden Gefahren nach allen Seiten hin nicht außer Acht lassen wird, das bedarf keiner Ausführung. Die Regierung ist bestrebt, die Gesetze loyal auszuführen, und wenn sie dies tut, dann muß es auf die Regierung einen peinlichen Eindruck machen, wenn anscheinend mit gewisser Tendenz der Hebel gegen sie angelegt wird in allen Angelegenheiten, die das kirchenpolitische Gebiet auch nur streifen. Es mußte sich der Regierung der Eindruck aufdrängen, als ob von jener Seite des Hauses ihr nicht das Vertrauen entgegengebracht wird, das sie zu verdienen glaubt. Ich kann es unsummehr anerkennen, wenn der Herr Abg. Binz nunmehr zum Ausdruck gebracht hat, daß alle Angriffe nicht diese Tendenz gehabt haben, sondern nur auf die Gefahr hinweisen wollten, die nach der Ansicht einzelner Redner bestehen. Der Abg. Binz hat sich über den Schulprotest ausgesprochen. Wenn er dabei



auf die hervorragenden Namen hinwies, die unter dem "Protest" stehen, so kann ich ihm nur sagen, daß ich meinerseits eine große Anzahl von Unterschriften mit Bedauern gelesen habe, und zwar deshalb, weil der Schulprotest von einer erstaunlichen Unkenntnis unserer Gesetzgebung zeugt; wer diese kennt, der konnte ihn nicht unterschreiben. Ich glaube, wenn der Verfasser des Protestes irgend einen Beamten aus dem Gebiete des Schulwesens um Auskunft gefragt hätte, dann hätte er den Rat erhalten, er möge einmal den Abschnitt über die §§ 110 ff. des Elementarunterrichtsgesetzes durchlesen und das Gesetz aus dem Jahre 1888 über die Wiedereinführung der Konvikte; dann wäre er zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Regierung nichts tut, als daß sie die Gesetze anwendet, so wie sie erlassen sind.

Ich darf noch kurz auf eine Tatsache hinweisen, die der Herr Abg. Binz beiläufig erwähnt hat. Es sind die Bemerkungen einer Zeitung über die Besetzung der Regierungsbank in der gegenwärtigen Debatte. Herr Binz hat zweifellos diese Ausführungen der Presse nicht in zustimmendem Sinne anführen wollen, ich muß aber offen sagen, sowohl in der Presse als im Hohen Hause könnte man es der Regierung überlassen, die Regierungsbank so zu besetzen, wie sie es im einzelnen Fall für nötig hält. Ich kann aber das Geheimnis der Besetzung verraten, insbesondere, warum der eine Beamte fehlt, auf den jener Artikel besonders hinielt. Wenn eben die Geschäfte des Oberschulrats besorgt werden sollen, dann empfiehlt es sich, daß wenigstens der vorstehende Rat im Oberschulrat bleibt, zumal das juristische Element an unserm Tisch genügend vertreten ist. Ich kann aber weiter sagen, daß die Herrn, sobald wir zum Volksschulwesen kommen, einen Wechsel finden werden insofern, als dann ein anderes Mitglied des Oberschulrates auf der Regierungsbank Platz nehmen wird. Ich möchte dabei im allgemeinen die Bitte an das Hohe Haus richten, die Personen, die im Hohen Hause am Regierungstisch anwesend sind, einer Kritik nicht zu unterziehen, sie sind Beamte und werden nicht ausgesucht nach ihrer politischen Gesinnung, sondern mit Rücksicht darauf, ob sie nach ihrer Tüchtigkeit und ihrer Fähigkeit zu dem Amte, zu welchem sie berufen werden sollen, tauglich sind.

Bezüglich der Wünsche nach der Errichtung von neuen Gymnasien in Karlsruhe und Konstanz muß ich auf die Bemerkung des Herrn Abg. Benedey, daß die Regierung dabei sich nicht von der Finanzlage beeinflussen lassen dürfe, eingehen. Wenn der Unterrichtsminister allein bestimmen könnte, welche Wünsche zu erfüllen sind, dann würden wohl weit mehr Wünsche erfüllt werden, aber als Mitglied des Staatsministeriums muß er die Gesamtlage der Finanzen des Landes berücksichtigen, und es ist ihm nur möglich, die Wünsche zu erfüllen, die nach dem Grade ihrer Notwendigkeit der Erfüllung am dringendsten bedürfen. Das Gymnasium in Konstanz habe ich übrigens selbst besichtigt und den Zustand zwar nicht erfreulich, aber doch nicht so trostlos gefunden, wie es Herr Benedey dargestellt hat. Ebenso glaube ich, daß auch für Karlsruhe die Errichtung eines neuen Gymnasiums nicht so dringend ist, als Herr Abg. Binz glaubt.

Ich kann es nur in hohem Maße bedauern, daß Herr Abg. Schneider es für gut gefunden hat, eine Reihe von Einzelheiten bezüglich des Konstanzer Falles zu erwähnen, zu deren Beurteilung das Haus gar nicht berufen ist, weil es sich ein Urteil gar nicht bilden kann, so lange es nicht eine genaue Kenntnis der Akten besitzt. Es war dazu um so weniger Anlaß, als ja

auch die Erörterung der Frage durch Herrn Abg. Gießler eine durchaus gemäßigte war und keineswegs eine Spitze gegen den Direktor der Anstalt enthielt, dem auch ich nur meine volle Anerkennung als einem hervorragend tüchtigen und vornehmlich denkenden Beamten aussprechen kann. Der Herr Direktor des Oberschulrats hat mit vollem Recht gesagt, wenn man dem Direktor in Konstanz etwas zum Vorwurf machen könne, so sei es nur das allzugroße Zutrauen, das er den Schülern geschenkt habe, ein Vorwurf, der nicht schwer treffen kann. Es wird auf dem Gebiet der Disziplin nunmehr noch erheblich strenger vorgegangen werden, und ich bin überzeugt, daß der Direktor der rechte Mann ist, um die Dinge wieder in das richtige Geleise zu bringen.

Bezüglich der vom Herrn Abg. Beygoldt angeregten Frage der Erstellung von Dienstwohnungen für die Kreis Schulräte möchte ich darauf hinweisen, daß noch manche andere Kategorien von Beamten eine Dienstwohnung nicht haben, so z. B. daß es trotz mancher Bemühungen nicht gelungen ist, für die ersten Staatsanwälte Dienstwohnungen zu bekommen. Jedenfalls wird die Frage einer den Kreis Schulräten geneigten Prüfung unterzogen werden.

Geh. Rat Becherer. Ich möchte mit wenigen Worten auf die von dem Herrn Abg. Dr. Schneider zur Sprache gebrachte Beitragspflicht der Stadt Lahr zu den Kosten des dortigen Gymnasiums zurückkommen. Ich muß dabei kurz auf die Entwicklung dieser Schule eingehen. Sie ist, soviel ich mich erinnere, im Jahre 1804 eingerichtet worden und bestand damals aus 3 Klassen. Die Gemeinde Lahr hat damals schon die Pflicht übernommen, das Gebäude zu stellen und zu unterhalten. Im Jahre 1840 wurde dann die Schule auf Grund landesherrlicher Verordnung vom Jahre 1834 zu einem Progymnasium umgestaltet und dabei zugleich eine fünfklassige höhere Bürgerschule angelehnt. Die Stadt Lahr leistete einen Beitrag von 850 Gulden; außerdem übernahm sie die Kosten für Heizung und Beleuchtung der Anstalt. Im Jahre 1875 wurde dann infolge der Einführung der Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst die Real-Anstalt in ein Realgymnasium mit 6 Klassen erweitert. Zu dieser Erweiterung leistete die Stadt einen weiteren Beitrag von 3000 M., nachdem sie früher schon zur Bürgerschule einen Beitrag von 940 M. gegeben hatte. Die Erweiterung zum Gymnasium erfolgte im Jahre 1880. In dem im Jahre 1880 festgestellten Statut war bestimmt, die Stadt Lahr solle auch fernerhin die Verpflichtung zum Bau und zur Unterhaltung des Gymnasiums und für die weiteren Lokale die Kosten der Heizung und Beleuchtung übernehmen und auch den bisherigen Beitrag zahlen. Nach der Erweiterung des Gymnasiums bestand die Realabteilung noch eine Zeit lang fort. Deren Frequenz war aber so spärlich, daß sie Ende der 80er Jahre nur noch 4 Schüler zählte; sie wurde dann eingezogen und damit die Beiträge von 940 M. und 3000 M. nachgelassen. Bei dem Fortbestehen des Gymnasiums blieb dann noch ein harter Beitrag von 4000 M. neben den früheren Beiträgen seitens der Stadt zu leisten; er wurde festgesetzt ähnlich wie es zur gleichen Zeit bei der Erweiterung der Schulen in Tauberbischofsheim, Offenburg, Bruchsal und Lörrach geschah. Es ist ja zuzugeben, daß die Anstalt schon früher ihren lokalen Charakter verloren hat und von auswärtigen Schülern sehr besucht war. Ich erinnere mich noch, daß nach der Statistik vom vorigen Jahr unter 192 oder 193 Schülern ein volles Fünftel von auswärtig kam. Die Frequenz des Gym-



nasiums selbst hat sich nicht sehr gehoben, zur Zeit seiner Einführung betrug die Schülerzahl 165, jetzt im Schuljahr 1903/04 beträgt sie 182; sie hat also im ganzen nur um 17 zugenommen. Der von der Stadt Lahr geleistete Beitrag, der jetzt rund 6800 M. beträgt, reicht zum Betriebe eines Gymnasiums längst nicht mehr aus; die Kosten einer Doppelprima allein betragen weit über 10 000 M., sodaß man von einer Belastung der Stadt Lahr nicht sprechen kann. Es mag ja für die Stadt Lahr diese Verpflichtung sehr empfindlich sein. Allein wir haben noch andere Städte, in denen eine solche Verpflichtung für Gymnasien besteht. Ihre Befreiung ist schwierig, namentlich wenn nicht von Seiten der Städte namhafte Beträge zum Erwerb der Baupläne und zur Ausführung des Baues selbst beigefeuert werden.

Wie schon erwähnt, hat das Gymnasium in Lahr keinen lokalen Charakter mehr. Die Konsequenz wäre nun eigentlich, daß auch die benachbarten Gemeinden zur Unterstützung der Stadt Lahr beitragen sollten. Das ist praktisch auch schon geschehen z. B. anfangs der 80er Jahre in Brach, wo anlässlich der Umwandlung des Progymnasiums zu einem Gymnasium der Kreis der Stadt Brach einen Jahresbeitrag von 1500 M. bewilligte. Ebenso wurden von demselben Kreis später bei Errichtung der Realmittelschulen in Schopfheim und Müllheim Beiträge geleistet. Aber auch kleinere Gemeinden haben schon zur Unterstützung von höheren Bürgerschulen in ihrer Nähe Beiträge geleistet und leisten sie heute noch. Ich erinnere nur an die Schule in Rheinbischofsheim, wo fünf oder sechs Nachbargemeinden ständige Beiträge zur Schule leisten. Ich möchte diese Beispiele zur Nachahmung empfehlen. Allerdings kann gegen die Gemeinden ein Zwang nicht ausgeübt, vielleicht aber im Wege der freiwilligen Vereinbarung doch etwas erreicht werden.

Die Frage eines neuen Gymnasiumsgebäudes in Lahr wird von der Großh. Regierung, wenn ein diesbezüglicher Antrag der Stadt einkommt, in Erwägung gezogen werden, wenn auch die Stadt in irgend einer Weise Beiträge leistet.

Auf den Nachlaß des Barbeitrags kann die Großh. Regierung nicht eingehen, da die Konsequenzen für die Staatskasse zu groß wären. Unter Umständen wäre die Unterrichtsverwaltung auch genötigt, die Frage zu erwägen, ob in Lahr unter allen Umständen ein Gymnasium erforderlich ist oder ob daselbe nicht wieder — Lahr liegt ja so nahe bei Offenburg — auf ein Progymnasium reduziert werden sollte.

Abg. Schneider-Pforzheim: Als am Dienstag Kollege Heimbürger die Ernennung des neuen Stadtschulrats oder Rektors in Pforzheim besprach und dieselbe auf Parteibegünstigungen zurückzuführen suchte, habe ich sehr bedauert, ihm nicht sofort antworten zu können, allein ich mußte erst die vor mir gemeldeten 11 Redner abwarten. Ich habe mich sehr gewundert, daß Kollege Heimbürger diese rein städtische Angelegenheit hier vorbrachte, denn sie gehört doch nicht vor das Forum der Zweiten Kammer, sondern höchstens vor den Pforzheimer Bürgerausschuß. (Zuruf des Abg. Dr. Heimbürger: Soll ich sie dort vorbringen? Heiterkeit.) Wie unbegründet aber auch sein Verdacht ist, daß bei der Wahl des Rektors dessen politische Fichtung ausschlaggebend gewesen sei, mag Kollege Heimbürger aus folgender Darlegung ersehen. Auf das Ausschreiben der Rektorstelle kamen etwa 21 Bewerbungen ein, welche der Stadt-

gemeinde Pforzheim vom Oberschulrat zur Durchsicht überhandt wurden. Diese sämtlichen Angebote gelangten zunächst in der Volksschulkommission zur eingehenden Beratung, wobei man sich einigte, nur einen akademisch gebildeten Bewerber, deren es vier waren, anzunehmen. Die übrigen 17 schieben also sofort aus der Konkurrenz aus, während nach gründlicher Prüfung von den vier akademischen zwei zur engeren Wahl bestimmt wurden, nämlich der jetzige Rektor und jener hiesige Bewerber, für den Herr Heimbürger eine Lanze gebrochen hat. Daß der letztere Bewerber in der engeren Wahl stand, hat vielleicht auch Grund zu der hier verbreiteten Ansicht gegeben, er werde die Stelle erhalten. Ich muß nun bemerken, daß die Volksschulkommission aus Mitgliedern der verschiedensten Parteien zusammengesetzt ist; sowohl Konservative, Nationalliberale, Zentrumsangehörige und Sozialdemokraten als auch die Pfarrer von drei verschiedenen Konfessionen waren bei der Beratung anwesend. Gerade die nichtliberalen Mitglieder fanden bei dem einen Bewerber auszufehen, daß er zu lange aus deutschen Schulverhältnissen entfernt gewesen sei. (Zuruf des Abg. Dr. Heimbürger: Da hört doch alles auf.) Deshalb einigte man sich auf den jetzigen Rektor, über welchen auf Wunsch eines konservativen Mitgliedes noch nähere Auskunft eingeholt werden sollte. Diese Auskunft, worin von irgend welcher politischer Parteirichtung keine Silbe vorkommt, liegt mir hier in einem Briefe vor, den ich gerne zur Einsicht der sich dafür interessierenden Herren bereit halte. Der Kommissionsbeschluß mit dem gesamten Aktenmaterial gelangte nun in den Stadtrat, der ebenfalls aus Angehörigen der verschiedensten politischen Parteien besteht und einstimmig die Wahl des jetzigen Rektors gutieß, ohne überhaupt nach dessen politischer Überzeugung zu fragen. Sie sehen, daß alles ganz korrekt behandelt wurde und von Bevorzugung irgend einer Partei gewiß keine Rede sein kann. Ob der neue Rektor nationalliberal ist, weiß ich nicht, da er mir unbekannt ist; ich nehme es aber an, sonst würde wohl der Vorwurf der Gesinnungsähnlichkeit nicht gefallen sein. Wenn aber auch wirklich ein Mitglied jener Kommission sich nach der politischen Gesinnung jener beiden Bewerber erkundigt haben sollte, was ich bezweifeln möchte, so wäre dies doch reine Privatfache und eines Jeden freies Recht, was gegebenenfalls auch die Angehörigen der anderen Parteien kaum für sündhaft und verwerflich erachten dürften.

Abg. Fröhlich: Ich möchte zunächst die Großh. Regierung ersuchen, uns das sehr interessante authentische Material über den Nürnberger hygienischen Schulkongreß zugänglich zu machen. Sodann mache ich darauf aufmerksam, daß durch die preussische und badische Lehrerpresse ein Aufruf zur Unterstützung des Bureaus für internationalen Kinderaustausch in Paris ging. Ich wäre der Großh. Regierung dankbar, wenn sie durch Vermittelung des deutschen Gesandten uns soweit informieren würde, daß jeder Familienvater sich verlässigen kann, ob er seine Kinder dorthin anvertrauen kann. Es ist ja der dringende Wunsch vieler Eltern, daß ihre Kinder in den Ferien Gelegenheit haben zum Studium der fremden Sprachen, namentlich durch Konversation und Lektüre, und dazu durch Austausch mit Kindern in gleicher sozialer Lage ins Ausland zu gehen. Die Regierung würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie die Initiative soweit ergriffe, daß sie wenigstens zur Auskunftserteilung in der Lage wäre.

Warm unterstützen möchte ich die Anregung des Abg. Lehmann bezüglich der Erteilung von Unterricht über die sexuellen Probleme in unseren Mittel- und Volksschulen. Hier steht unser Volk einem allgemeinen Notstand gegen-



über. Ich müßte es als eine gemeingefährliche Gewissenlosigkeit bezeichnen, wenn ein junger Mann ohne Aufklärung hierüber in die hochgehenden Bogen der Welt und der akademischen Freiheit geworfen wird. Die katholische Kirche macht hier durch Aufklärungen in der Beichte eine zwar mangelhafte, aber doch rühmliche Ausnahme. Ich habe als Verteidiger wiederholt auf diese Mißstände hingewiesen und dabei auch den Beifall des Gerichts und Staatsanwalts gefunden. Ich kann es deshalb auch nur beklagen, daß der naturgeschichtliche Unterricht auf unseren Realschulen mit der Obertertia aufhört, während Religionsunterricht bis zur Oberprima erteilt wird. Damit haben wir Mädchenschulen, aber keine Realschulen. (Geisterzeit). Was für die Mittelschulen gilt, gilt übrigens in höherem Grade noch für die Volksschulen. Der Schüler der Volksschule kann nicht aus einer anderen Quelle die richtige Aufklärung beziehen.

Unter diesem Gesichtspunkt werden die Verhältnisse am Konstanzer Gymnasium in einem anderen Lichte erscheinen. Es ist ein ungeheurer Irrtum Sieblers, wenn er meint, daß hier durch gesteigerte Aufsicht Besserung möglich sei. Die sittliche Qualität der Schüler kann nicht durch eine rigorose Schulordnung in die Höhe geschraubt werden. Der Konstanzer Direktor scheint auf dem richtigen Wege zu sein. Ich verweise auf eine Publikation aus Kassel in der heutigen „Neuen Badischen Landeszeitung“. Man kommt mit Vertrauen mit seinen Schülern viel weiter als mit engherzigen polizeilichen Vorschriften. Erst nach der Schulzeit wird die Probe aufs Exempel gemacht, wenn der junge Mann ins Leben tritt. Bei dem ersten Zusammenstoß mit seinen Gefahren wird es sich zeigen, ob es besser ist, daß er in engherziger Ueberwachung aufgewachsen ist, oder ob man ihm Vertrauen entgegengebracht und er rechtzeitig die nötige Aufklärung erhalten hat. In der Konvikterziehung sehen wir ungeheure Gefahren. Da wird das Gefühl der Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit untergraben. Wir meinen, daß der junge Mann rechtzeitig lernen muß, selbständig zu handeln. Es muß ein Uebergangszustand durchgemacht werden von der völligen Unfreiheit bis zur ungebundenen Freiheit und Selbstständigkeit. Deshalb ist die Konvikterziehung, welche die Selbstverantwortlichkeit aufhebt, absolut unpädagogisch. Es ist wohl berechtigt, wenn draußen im Volk der allgemeine Gedanke nicht mehr verschwindet, daß die Regierung diese Konvikte im Auge behalten möge. Der Herr Minister hat Recht, wenn er sagt, ich bin nicht derjenige, der im Gegensatz zu liberalen Gesetzen Zustände geduldet hat. Den Herrn Minister macht man nicht dafür verantwortlich, wie es in Deutschland gegenwärtig aussieht, aber draußen im Volk werden die Zeichen der Zeit gedeutet und verstanden. Wir treten nicht dafür ein, daß aus dem liberalen Kuchen nur die Rosinen herausgeschnitten werden, die diesem oder jenem schmecken. Der liberale Kuchen muß ganz gegessen werden. Dann muß auch der § 166 R.-St.-G.-B. fallen, aber dieselben Herren, die die weitesten Freiheiten für ihre Wünsche in Anspruch nehmen, sind nicht bereit, uns für unsere Wünsche hilfsreiche Hand zu leisten; daher auch die Furcht im Volk, daß die Regierung unter Berufung auf die Gebote des Liberalismus einseitig die clerikalen Tendenzen begünstigt, während man allen anderen liberalen Tendenzen so ablehnend gegenübersteht als zuvor. Deshalb sehen Sie, daß hier Mann für Mann aufsteht und sagt: Wir wollen nicht, daß es so weitergeht wie bisher. Nur der Herr Minister scheint zu meinen, daß sich nichts geändert habe.

Unsere Schulgesetzgebung wurde früher vom Zentrum verabschiedet. Heute heißt es: die Schulgesetzgebung ist

zwar nicht so, wie wir wünschen, aber mit ihrer Handhabung sind wir vollkommen zufrieden. Dies Wort wird in den weitesten Kreisen unseres Volkes gehört und verstanden. Wenn der Abg. Obkircher behauptet und Beweis dafür antritt, daß katholische Religionslehrer es sich herausnehmen, geheime Sonderberichte über die Anstalten an ihre kirchliche Behörde zu richten, so sind dies Zeichen der Zeit, die geeignet sind, die weitesten Kreise zu beruhigen. Wir verlangen, daß die Regierung von dem Angetot Obkirchers Gebrauch macht und uns die absolute Sicherheit giebt, daß der Abg. Obkircher unrichtig informiert ist und diese Zustände nicht bestehen, oder aber, daß sie mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Die Kurie muß zu einer authentischen Aeußerung aufgefordert werden, ob es sich hier um einen einzigen Fall oder um eine generelle Anweisung handelt. Wir haben das Recht zu verlangen, daß wir und unsere Kinder nicht solchen geheimen Berichten ausgesetzt sind. Es würde das Vertrauen auf diese Anstalten in den weitesten Kreisen erschüttern. Ich kann ferner nicht finden, daß die gesetzliche Vorschrift der strengsten Beaufsichtigung erfüllt ist, wenn man alljährlich zu einer genau bestimmten Zeit eine Aufsichtsperson zur Abnahme der Parade in die Konvikte schickt. Daß da alles klappert, daran zweifle ich nicht. Von plötzlichen überraschenden Revisionen habe ich noch nichts gehört. Warum kommt der Herr Staatskommissar nicht einmal ganz unangemeldet morgens um 10 Uhr oder nachmittags um 4 Uhr und sagt: „So Herr Kollege, nun wollen wir einmal einen Spaziergang durch Ihre Gefilde machen und uns die Dinge in der Nähe betrachten.“ Es wird uns die Versicherung der Regierung sehr beruhigen: Wir haben keinen Grund zur Beanstandung gefunden. Wenn der Herr Minister sagt, daß jedes Jahr eine Revision stattfindet, so kann uns das nicht genügen. Es handelt sich nicht nur um den Unterricht, sondern auch um die Erziehung in den Anstalten. Ich empfehle der Regierung, die Frage aufzuwerfen, ob in diesen Konvikten etwa besondere Risikoklassen eingerichtet sind, je nach der Höhe der Stipendien. Dies wäre ein durchaus unpädagogischer Zustand, der nur die Seele des Kindes vergiften könnte. Kollege Zehnter hat dann noch auf einen wichtigen Punkt aufmerksam gemacht. Die Eltern solcher Konviktschüler haben einen Revers zu unterschreiben, daß, wenn diese später den theologischen Beruf nicht ergreifen, die Beträge zurückerstattet werden müssen. Solche Beträge müssen ernsthafte Bedenken erregen. Wenn man Kinder von 9 und 10 Jahren veranlaßt, zu derartigen Beträgen mitzuwirken, so muß ich das als einen Mißbrauch des freien Vertragsrechts bezeichnen. Ein 9- oder 10-jähriger Junge scheidet bei der Entscheidung darüber aus, ob und welchen Beruf er ergreifen, welche Verpflichtungen er auf sich nehmen will. Daß aber die Eltern berechtigt sind, über die Zukunft ihres Kindes in dieser Art zu verfügen, ist höchst bedenklich. Ich muß die Regierung bitten, in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht die Staatsgenehmigung zu derartigen Beträgen zu verlangen ist. (Zurufe im Zentrum: Das ist doch stark!) Wenn das stark ist, so brauchen Sie sich nur zu denken, daß es sich nicht gerade um diese Beträge handelte, sondern um andere bürgerliche Beträge, wie wenn z. B. ein Vater die Verpflichtung übernehmen sollte, daß sein Sohn, wenn er 21 Jahre alt ist, zu hohem Preise eine bestimmte Wohnung auf der Kaiserstraße beziehen werde. Ein solcher Vertrag wäre allerdings stark. Ich kann heute nicht sagen, was mein Sohn in 20 Jahren werden will. Das ist auch gar nicht mein Recht. Sie (zum Zentrum) gehen vom Standpunkt aus, all das, was im Sinn dieses Vertrages geschieht, ist deshalb zu billigen, weil das letzte Ziel dieses Vertrages absolut gut ist. (Widerspruch im Zentrum.) Stellen Sie sich auf den



Standpunkt eines Mannes, dem dieser Zweck wie jeder andere vor Augen steht, dann wird es mich wundern, wenn Sie sich nicht auch auf meinen Standpunkt stellen. Es wäre zu überlegen, ob die Altersgrenze für die Aufnahme ins Konvikt die richtige ist, und ob es nicht logischer wäre, sie auf das 16. Lebensjahr festzusetzen, denn ein 10jähriger Knabe kann doch nicht den ernststen Willen äußern, daß er Theologe werden und all die Verpflichtungen dieses Standes übernehmen will. Die Regierung wird wohl zugeben, daß die Debatte, die wir geführt haben, nicht den Eindruck gemacht hat, als ob unsere Schulgesetzgebung bis an das Ende der Welt als muster-gültig bestehen werde. Aber das vermisse ich gerade beim Herrn Minister, daß er hier die Initiative nicht ergreift, ob und wie unsere Schulgesetzgebung einen Schritt vorwärts gebracht werden kann. Recht haben die Herren vom Zentrum und Abg. Heimburger: Die Knabentomben nehmen die wachsende Bedeutung nur deshalb an, weil die Staatsschule nicht mehr das leistet, was man billigerweise von ihr erwarten darf. Sie befindet sich in einem Notstand und kann muster-gültige Leistungen nicht mehr aufweisen. Ich muß auch dagegen mich verwahren, daß eine derartige Kritik unserer bestehenden Gesetzgebung einfach mit dem Worte Kulturkämpferei abgetan wird. Ich muß annehmen, daß dieser Ton auch mir gegenüber dem-nächst wird angeschlagen werden. (Gewiß! im Zentrum.) Dann bitte ich Sie aber um eine authentische Interpretation des Wortes Kulturkämpferei. Soll denn jeder, der nicht will, daß das Zentrum mit seiner einseitigen konfessionellen Politik die Mehrheit im Reiche und Baden erhält und daß nach seinen Grundsätzen die Regierung geführt werde, soll der zum Kulturkämpfer gestempelt werden? Ich meine, wir sind doch neben einander ge-standen, als es galt, die Gleichberechtigung der Konfes-sionen zu erlangen. (Abg. Zehnter: Damals waren Sie noch nicht dabei! Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Günner: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen, und auch den Redner, daß er sich nicht an die Unterbrechungen hält.

Abg. Freihaus: Wenn also Zehnter einen Appell an diejenigen gerichtet hat, die dafür sind, auf dem Boden des gleichen Rechts für Alle zu streiten, dann findet er uns von jeher auf dem Plage und wird uns finden. Ich frage ihn aber, wo ist er gewesen, als wir gegen die evangelischen und katholischen Studentenverbindungen ge-sprochen haben? Warum reicht er uns nicht die Hand zur Niederreißung dieser verhängnisvollen Scheidewand? Wir sind dafür, daß die evangelischen Verbindungen auf-gelöst werden, ebenso wie die katholischen, und daß in die akademischen Vorschriften eine Vorschrift aufgenommen wird, daß konfessionelle Verbindungen ebensowenig erlaubt sind als politische. Ich vermisse vom Abg. Zehnter, daß er dazu mitwirken will. Mit Recht wird ihm von dieser Seite erwidert, wenn die Rede, die Zehnter beim Mini-sterium des Innern gehalten hat, daß das Zentrum den heutigen gefühligen Zustand anerkannt habe, vor 10 oder 20 Jahren gehalten worden wäre, welches ungeheure geistige und materielle Kapital wäre dem Staat erspart geblieben und wie viel inhaltslose Zänkereien. Mit Recht wird die Mahnung an Sie gerichtet, in sich zu gehen und zu überlegen, wie viele Sie heute schon von den Forderungen des einseitigen Konfessionalismus fallen zu lassen bereit sind, dies aber nicht erst nach 10 oder 20 Jahren zu sagen.

Abg. Dr. Goldschmit: Ich möchte auf einige Punkte

eingehen, die im Laufe der Debatte hervorgetreten sind. Es ist mein Name im Laufe der Debatte des öfteren genannt worden und vermisst worden, daß ich noch nicht erwidert habe. Es ist gesagt worden, ich müßte eine Erklärung über die Besetzung der Pforzheimer Stelle abgeben. Deshalb aber spreche ich nicht, denn kein Mensch muß müssen, auch wenn er von Kollegen im Landtag dazu aufgefordert wird, aber Abg. Lehmann hat die An-frage an mich so höflich gerichtet, daß ich sie beantworten will. Was ist nun geschehen? Es sind von zwei Seiten Fragen an mich gerichtet worden: Kennen Sie den Herrn, wie ist er als Lehrer und welcher politischen Richtung gehört er an? Ich habe gesagt: Er ist zwar vor 18 Jahren unser Schüler gewesen, ich kenne ihn aber nicht näher, ich will mich aber erkundigen. Das habe ich getan. Ich erhielt die Antwort: Der Herr gilt unter Kollegen als tüchtiger Lehrer, der politischen Richtung nach gehört er der Demokratie an und verkehrt mit dem Abgeordneten Heimburger. Das habe ich den Herren mitgeteilt. (Abg. Dr. Heimburger: Wer hat denn gefragt?) Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, Sie sind zu neugierig. Das kann ich aber sagen, ob die Sache dem Stadtrat zur Kenntnis gekommen ist, weiß ich nicht, noch viel weniger, ob er darnach gehandelt hat. Auf solche Rederei ist nicht viel zu geben. Ich weise nur darauf hin, daß vor 20 Jahren, als es sich zum erstenmal um die Bestellung eines Schultrektors dorten handelte, ein Mann, der dem Oberschulrat vom Kreis-schulrat und vom Stadtschulrat vorgeschlagen war, trotzdem nicht gewählt wurde, angeblich weil er als De-mokrat vom demokratischen Stadtrat vorgezogen wurde. Ob Sie mir glauben, kann ich dem Wohlwollen über-lassen, das mir von jeher in der Presse von jener Seite zuteil geworden ist, das mich aber nicht sehr tief be-rührt hat.

Was die Errichtung eines Unterrichtsministeriums an-belangt, haben die Abgg. Gieseler und Zehnter gemeint, daß hauptsächlich parteipolitische Rücksichten bei den Aus-führungen auf dieser Seite eine Rolle gespielt hätten. Ich will doch, um kein Mißverständnis hervorzurufen, für mich betonen: Ich habe ausdrücklich gesagt, daß in weiten Kreisen meiner Amtsgenossen der Wunsch herrscht, daß ein eigenes Unterrichtsministerium geschaffen werde. Ich habe mich ausdrücklich dagegen verwahrt, als ob die geringste persönliche Spitze gegen den jetzigen Leiter des Unterrichts-ministeriums darin enthalten sei. Wir halten es eben nicht für wünschenswert, daß die oberste Schulbehörde durch die Geschäfte oder durch Rücksichten eines andern Ministeriums in Anspruch genommen ist. Der Abg. Zehnter hat ein paar sachliche Erwägungen vorgebracht und insbesondere gemeint, es wäre für uns in Baden eine zu üppige Ausgestaltung der Ministerien. Ich muß aber darauf hinweisen, daß wir zu verschiedenen Zeiten verschieden viele Ministerien gehabt haben. Es waren einst vier Minister, dann drei, später wieder vier und jetzt sind es fünf. Ich spreche nicht gegen Personen. Wenn aber von einer zu reichlichen Ausstattung die Rede sein könnte, so läge sie darin, daß man bei uns ein Ministerium ohne Porte-feuille schuf. Der Abg. Zehnter hat gesagt, man müßte dann auch anderswo trennen. Früher seien Handel und Finanzen verbunden gewesen. Das liegt aber sehr lang zurüd. Später besaßen wir lange ein eigenes Handels-ministerium (Abg. Zehnter: Ich habe selbst dem Sekretariat des Handelsministeriums angehört.) Er meinte, man müsse dann auch die Eisenbahnen von dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten trennen. Wenn man aber dies tät, so bliebe für das Ministerium des Auswärtigen nicht mehr viel übrig. (Abg. Frühl auf: Sehr richtig.)



Noch ein Wort über die Mannheimer Volksschule. Ich habe darüber kürzlich nicht Worte des Lobes gebraucht, sondern ausdrücklich anerkannt, was ein so tüchtiger Mann wie der Leiter des Mannheimer Volksschulwesens erreichen kann. Ich habe auf das ihm gespendete Lob nur geantwortet, als man sagte, andere Städte sollten die Mannheimer Organisation nachahmen. Hiefür können nur große Städte in Betracht kommen, vor allem Karlsruhe. Ich habe nun nur gesagt, es seien gegen die Einführung hier Bedenken vorhanden, man müsse abwarten. Das Bedürfnis zu einer Neuorganisation in Mannheim hat sich herausgestellt, weil man aus Gründen, die nicht schultechnischer Art sind, aus doktrinärer Gleichmacherei, nun eine allgemeine Volksschule geschaffen und diese mit einem viel zu großen Lehrplan belastet hat. Ich kann mich zum Beweis auf das Zeugnis des Herrn Stadtschulrats Sickingen selbst berufen, der im Jahre 1899 ausführte: „In Mannheim erreichten 1892—97 nur 31 Proz. Knaben und 19 Proz. Mädchen die oberste Klasse, in Karlsruhe 65 Proz. Knaben und 40 Proz. Mädchen. Das Schülermaterial in Karlsruhe ist nach Leistungsfähigkeit einheitlicher, mehr ausgeglichener als in Mannheim.“ Unter diesen Umständen dürfen Sie wohl annehmen, daß man als Vertreter von Karlsruhe ausspricht, daß ein Bedürfnis zur Aenderung nicht vorliege. Wir können eine solche Aenderung auch nicht einführen, denn es repetieren bei uns — mit einer einzigen Ausnahme der niedersten Klasse der erweiterten Mädchenschule — nicht so viel Schüler. Nach dem Jahresbericht für 1902/03 waren unter 2063 Schülern der einfachen Volksschule 122, d. h. 5,9 Proz. Repetenten, unter 4684 Schülern der erweiterten Volksschule 225, d. h. rund 4,8 Proz.

Der Abg. Lehmann scheint eine besondere Auffassung über die Erteilung des Geschichtsunterrichts zu haben. So geht es, wenn man sich nicht vorher erkundigt. Ich glaube, wenn er sich vorher bei den Kollegen Heimburger oder Beneden über den Verfasser des von ihm angegriffenen Geschichtsbuchs befragt hätte, so wäre seine Kritik milder ausgefallen. Ich vermute, er hat den Verfasser für einen bösen Nationalliberalen gehalten. Das ist er, so viel ich weiß, nicht. Der Abg. Lehmann nimmt an, daß man sich in den oberen Klassen darauf beschränkt, mit dem Buch in der Hand die Schüler abzufragen, was darin steht. So kann man indes in den oberen Klassen keinen Geschichtsunterricht erteilen. Ich habe schon durch einen Zwischenruf gestern bemerkt, daß man noch vieles lehre, was nicht in dem Buch steht. Das Buch soll nur ein Gerippe für die Vorbereitung des Schülers sein und durch den Vortrag des Lehrers ergänzt werden. Daß dabei der religiöse und politische Standpunkt des Lehrers hie und da zum Ausdruck kommt, ist nicht zu vermeiden, und schadet auch nicht, wenn nur der Schüler die Ueberzeugung hat, daß derjenige, der vor ihm steht, aus Ueberzeugung redet. Verständigen können wir uns darüber nicht, so z. B. über die Anschauungen des Abg. Beneden über Treitschke, den ich ihm gegenüber für einen unserer größten Geschichtsschreiber halte.

Der Abg. Rohrhurst war der Meinung, daß es vielleicht angezeigt scheine, die unteren Klassen kleiner zu bilden als die oberen. Ich teile diese Meinung nicht. Sie sehen daraus, daß auch die Schulmänner mitunter verschiedener Ansicht sein können. In gewisser Beziehung ist ja der Unterricht in den unteren Klassen gewiß schwieriger. Aber dort muß er sehr rasch in Frage und Antwort vor sich gehen. In den oberen Klassen dagegen muß dem jungen Mann Gelegenheit gegeben werden, zu zeigen, ob er auch das aufgefaßt hat, was er vom Lehrer

hörte. Sonst ist die Gefahr vorhanden, daß die Leute zu selten drankommen.

Was die Verwendung von geistlichen Lehrern an unseren Mittelschulen anlangt, so stimme ich hierin mit den Ausführungen des Abg. Rohrhurst überein. Auf prinzipielle Fragen will ich nicht eingehen. Ich fühle mich aber doch gegenüber meinen Kollegen vom Karlsruher Gymnasium verpflichtet, zu erklären, daß mir irgend welche Schwierigkeiten und Mißstände hier nicht bekannt und durch die Verwendung von geistlichen Lehrern nicht hervorgerufen sind. Wir haben seinerzeit die Einführung des kleinen philologischen Examens als Fortschritt begrüßt, weil durch die Verwendung von Ortsgeistlichen im Religionsunterricht Schwierigkeiten entstehen.

Eine Ausführung Frühaußs war mir nicht ganz deutlich. Er hat gesagt, es sei kein Wunder, daß derartige Anstalten so in Blüte kämen, weil unsere Schule nicht mehr das Nötige leisten will. Ja die Konviktschüler besuchen ja die Mittelschulen. Frühauß glaubt, daß unsere Volksschulen auf niederem Niveau stehen. Von den Mittelschulen kann man das nicht sagen. Die badischen Mittelschulen können mit sämtlichen deutschen und außerdeutschen den Vergleich gut aushalten. (Abg. Frühauß: Naturwissenschaft!) Das ist auch ein Irrtum. Sie meinen immer, als ob in den oberen Klassen keine Naturwissenschaft gelehrt werde. Es wird allerdings keine Naturgeschichte gelehrt, wohl aber Physik und Chemie. (Abg. Frühauß: Wissenschaft!) Ja ist Physik und Chemie keine Wissenschaft? (Abg. Frühauß: Naturwissenschaft! Große Heiterkeit.) Ich habe bis jetzt immer gemeint, daß Physik und Chemie Naturwissenschaften seien. (Abg. Frühauß: Naturgeschichte!) Von den deutschen Schulen kann ich nicht sagen, ob in ihnen für die Naturgeschichte ein größerer Raum gegeben ist als in den badischen. Von heute auf morgen kann man den Lehrplan auch nicht auf den Kopf stellen. Es ist die Frage, ob es gut war, daß man immer mehr darauf gepöpselt hat, ob er nicht zu sehr in die Breite statt in die Tiefe gegangen ist. (Sehr richtig! auf allen Seiten des Hauses.)

Ich will noch ein Wort für den Direktor des Konstanzer Gymnasiums einlegen. Ich glaube dazu berufen zu sein, weil ich der einzige bin, der ihn so lange kennt und ihm so nahe steht. Ich kenne ihn seit etwa 40 Jahren. Wir sind auf Schule und Hochschule viel zusammen gewesen, und ich habe es lebhaft bedauert, daß einem Mann von so nobler, humaner Gesinnung und von so ernsten sittlichen Grundfäden und ehrenhaftem Charakter in der Presse so mitgespielt worden ist. Alle Stände könnten sich glücklich schätzen, wenn sie sehr viele Vertreter von dieser Gesinnung und Charakterfestigkeit wie Mathy in ihren Reihen zählten.

Abg. Oskircher: Ich bin mit dem Gedanken in die Verhandlung getreten, daß es ein großer unverzeihlicher Fehler wäre, wenn wir die großen Gegensätzlichkeiten im Lande nicht erörterten und zum Austrag brächten. Deshalb habe ich mich bemüht, schon im einleitenden Vortrag alle die Gegenstände, die hierbei eine Rolle spielen, zur Sprache zu bringen. Insofern man von allen Seiten hierauf eingegangen ist, daß diese Gegensätzlichkeiten ausgetragen werden, kann ich über das Gesamtergebnis der Verhandlung nur meine lebhafteste Befriedigung aussprechen. Ich bin nicht der Meinung, daß alles, was wir hier besprechen, sich immer gegen den Ministerpräsidenten oder die Unterrichtsverwaltung überhaupt richtet. Wir reden auch unter uns.



In der fünfjährigen Verhandlung ist ziemlich viel von mir die Rede gewesen. Aus manchen Ausführungen habe ich ein gutes Zeugnis herausgehört. Das hat wenigstens, wenn nicht den Zweck, so doch die Wirkung gehabt, das, was dann daran gehängt wurde, auf ein höheres Piedestal zu stellen. Die Vorwürfe gingen in der Hauptsache dahin, daß ich immer und immer wieder auf gewisse Gefahren zurückkäme. Man hat wieder von Kulturkämpferei gesprochen und mich damit abtun zu können geglaubt. Ich habe an sich in meiner Natur gar keine Neigung zum Kampf, nicht im entferntesten. Wenn ich meiner Neigung hätte folgen wollen, so hätte ich nie ein Mandat angenommen. Es war mir klar, ein Mandat führt nicht zum Flöten- und Schalmeyenblasen, zumal in der gegenwärtigen Zeit, sondern zu anderen Tönen. Ich habe meine Gefühlart und meine Neigung überwunden aus Pflichtgefühl gegen die Öffentlichkeit. In ihrem Dienst führe ich die Sache, wie ich es für gut halte, und kann mir in dieser Beziehung keine Vorschriften machen lassen. Daß ich gerade das Referat über den Unterricht bekommen habe, mag ein Verhängnis sein, weil ich gerade darin einen besonders exponierten Posten einzunehmen habe. Ich habe auch dieses Amt lediglich aus Pflichtgefühl übernommen. Ein besonderes Interesse für diese Dinge hat mir allerdings schon immer zur Seite gestanden. Man hat ferner gemeint, mich abtun zu können, indem man mich mit Boethlingt zusammenpannte. Ich erkläre noch einmal offen und feierlich, daß ich Herrn Boethlingt nicht kenne und keinen Verkehr mit ihm habe. Ich anerkenne an ihm seinen Freimut und die ausgezeichneten Kenntnisse, das sind außerordentliche Eigenschaften, die man ihm nicht abschreiben kann. Daneben habe ich an der Art, wie er seine Sache vertritt, manches auszufehen. Ich glaube, er geht in vielem zu weit; namentlich besitzt er nicht die genauen Gesetzeskenntnisse, die er besitzen sollte, um in diesen Dingen eine öffentliche Tätigkeit entfalten zu können. Zehnter hat in diesem Zusammenhang falsch zitiert. (Abg. Zehnter: Ich habe halt ein schlechtes Gedächtnis.) Es heißt: „Du liebes Kind, genier mich nicht (Große Heiterkeit! Im Zentrum Zurufe: „Blamier mich nicht“, heißt es) und grüß mich nicht unter den Linden, wenn wir dann zu Hause sind, wird sich schon Alles finden“. Nun wir können ja den Heine nachher kommen lassen. Eine andere Frage ist, ob materiell etwas an dem ist, was Boethlingt vertritt. Ich meine, er hat in manchem Recht, und deshalb habe ich manches hier erörtert, was er vertreten hat. Ein weiterer Vorwurf hat mich am meisten betroffen — ich sage nicht getroffen — ein Vorwurf, den auch der Herr Minister erhoben, aber nachträglich etwas abgeschwächt hat, auf den ich aber nicht zurückgekommen wäre, wenn er nicht noch viel stärker von den Abgg. Gießler und Zehnter wiederholt worden wäre. Man hat mir nichts geringeres vorgeworfen als politische Voreingenommenheit. Ich habe mich daraufhin noch einmal bemüht, ernstlich zu prüfen, ob zu einem derartigen Vorwurf auch nur ein Schein der Berechtigung vorliegt. Ich muß diese Frage mit aller Entschiedenheit verneinen. Was habe ich vor zwei Jahren über den Oberschulrat gesagt? Ich habe ihm vorgeworfen: 1. daß er die Geschäfte in bürokratischem Geiste führe, 2. daß er zu wenig Initiative entfalte. Ich habe dafür Einzelheiten vorgebracht. Vor allem, daß der alte und berechtigte Wunsch, daß die Statistik unseres Volksschulwesens zur Veröffentlichung komme, noch nicht erfüllt sei. Ferner habe ich vorgebracht, daß bürokratischer Geist lasse sich daraus erkennen, daß vom Oberschulrat nach außen hin alles von Juristen vertreten werde. Als äußeres Zeichen dafür habe ich angeführt, daß bei unseren Verhandlungen nur Juristen und Kameralisten uns gegenüber sind, auch wo wir uns mit schultechnischen Fragen beschäftigen. Ich habe weiter ausgeführt, es sei

ein Mangel zu erkennen am Verkehr mit dem praktischen Schulleben, weil kein mündlicher Verkehr zwischen Juristen und Schulmännern stattfände und weil die Direktorenkonferenzen lange nicht mehr abgehalten worden seien. Was den Mangel an Initiative betrifft, so habe ich den Vorwurf darauf gegründet, es sei ein alter Wunsch, daß eine neue Schulordnung veröffentlicht werde, und es sei eine besonders dringender Wunsch, daß die Prüfungsordnung für die akademisch gebildeten Lehrer revidiert werde; es sei für die Entwicklung der Oberrealschulen nichts Günstiges geschehen, namentlich in der Berechtigungsfrage sei in der Regelung und der Vorbildung der Gehaltsfrage der Volksschullehrer nicht genug geschehen, und die Regierung habe ihren Standpunkt, den sie längst kund gegeben habe, der Finanzverwaltung gegenüber nicht mit genügender Entschiedenheit vertreten, um das Verhältnis 4:1 herzustellen. Wir haben dann in dem Nachtragsbudget eine sehr erhebliche Anforderung bekommen für die Vermehrung der akademischen Lehrer, und ich habe am Schluß meiner damaligen Rede anerkannt, daß nunmehr in dieser Hinsicht eine kraftvolle Initiative zu Tage getreten sei, und daß ich darauf den Wunsch und die Hoffnung auf eine günstige Weiterentwicklung gründe. Mein Wunsch und meine Hoffnung von damals hat sich erfüllt. Wenn ich nun die einzelnen Punkte vornehme, so werden Sie das bestätigt finden: Wir haben längst die so ersehnte Schulordnung, ebenso die Prüfungsordnung. Auf dem Gebiete der Oberrealschulen ist sehr viel geschehen, und wir haben jetzt auch deutlich erweiterten Wünschen nicht Berechtigungsfrage den weit verbreiteten Wünschen nicht entsprochen worden ist, es nicht an der Schulverwaltung liegt. Wir wissen auch, daß auf dem Gebiete des Volksschulwesens vom Oberschulrat wenigstens viel mehr angestrebt worden ist, als wir wußten. Daß jetzt mehr Fühlung mit dem praktischen Leben vorhanden ist, das sehe ich darin, daß auf der Regierungsbank heute drei praktische Schulmänner sitzen, und besonders darin, daß inzwischen die Direktorenkonferenz zu wichtigen Beratungen wieder berufen worden ist. Endlich ist auch der Wunsch der Kammer erfüllt worden, daß die neue Stelle eines Kollegialmitgliedes im Oberschulrat mit einem Schulmann und nicht, wie beabsichtigt war, mit einem Juristen besetzt werde. Sie sehen, es hat sich sehr viel verändert, und gerade das, was ich zur Grundlage meiner mißlichen Beurteilung genommen habe, hat sich zum Besten gewendet. Sie sehen daraus, wie berechtigt ich war, jetzt ein anderes Urteil abzugeben, als es vor zwei Jahren möglich war.

Wenn aber doch auf die persönliche Seite Gewicht gelegt werden soll, so möchte ich doch noch sagen, der andere Wunsch, den ich vor 2 Jahren ausgesprochen habe, daß eine der beiden leitenden Stellen im Oberschulrat mit einem Schulmann, und daß nicht beide leitende Stellen mit Juristen besetzt werden, ist nicht in Erfüllung gegangen. Sie wissen genau, daß ein Mann die Stellung erhalten hat, der nicht die politische Meinung hat wie der andere, von dem in Ihren Ausfällen mir gegenüber die Rede war. Und dennoch habe ich die Tätigkeit des Oberschulrats anerkannt. Sie sehen, wie ungerecht der Vorwurf war, daß ich subjektive Empfindungen zum Ausdruck gebracht hätte.

Ich bin aufgefordert worden, Beweise zu bringen dafür, daß vonseiten der Religionslehrer Geheimberichte an die kirchliche Behörde versandt würden. Ich habe die Beweise in der Tasche, aber herausgeben kann ich sie nicht. Sie Alle, die im öffentlichen Leben stehen, wissen, daß an den Abgeordneten von verschiedenen Seiten eine Menge von Material herantritt, das der Abg. zu sichten und zu prüfen die Aufgabe hat, aber es wird ihm viel im Ver-



trauen mitgeteilt, so daß man die Namen nach außen nicht nennen kann, damit nicht die Urheber bekannt werden. Wenn der Abgeordnete dann aber den Gegenstand, um den es sich handelt, für wichtig genug hält — und dafür halte ich den vorliegenden, — so wird er dazu kommen, die volle Verantwortlichkeit für seine Informationen ganz allein zu übernehmen. Das tue ich auch im vorliegenden Falle mit der festen Überzeugung, daß das, was ich mitgeteilt habe, wahr ist, auch wenn Sie es bestreiten, und ich gründe diese Überzeugung auf den Charakter und das Wesen des Mannes, der mir die Sache mitgeteilt hat. Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich die Weise nicht herausgebe. Daß ich an die Wahrheit der Mitteilung geglaubt habe, das mögen Sie überzeugt sein. Ich halte das Mitgeteilte übrigens auch für durchaus im System gelegen. Sie brauchen nur den ersten Band des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft nachzulesen. Dort heißt es: „Jeder Empfänger dieser Weihe übernimmt mit der Weihe die rechtliche Verpflichtung, ungeteilt und lebenslanglich dem Dienste der Kirche obzuliegen.“

Der Abg. Zehnter hat den Versuch gemacht, die vom Herrn Minister zugegebene gewisse Empfindlichkeit zu rechtfertigen aus Vorgängen aus der Vergangenheit, und ist zu sprechen gekommen auf eine Versammlung, die im November vor 2 Jahren stattfand. Ich habe mich damals anfänglich geweigert, in Karlsruhe eine öffentliche Rede zu halten. Ich habe mich aber den Wünschen nicht entziehen können und habe die Rede gehalten aus öffentlichem Pflichtgefühl. Daß diese Rede von dem Redakteur der „Landeszeitung“ als eine staatsmännische Leistung bezeichnet und daß von ihm das Bild vom Herumwirbeln der Ministerstühle gebraucht wurde, (Abg. Zehnter: Das läßt tief blicken!) dafür kann ich nichts. Ich habe damals das Bewußtsein gehabt, daß meine Rede eingeschlagen hat, weil sie ausgesprochen hat, was viele Tausende in unserem Vaterland gefühlt haben. Wenn der Herr Minister über jene Vorgänge empfindlich gewesen sein sollte, dafür kann ich nichts; wenn er empfindlich wurde, dann wird es an ihm selbst gelegen haben. Er mag dazu besondere Gründe gehabt haben, die wir jetzt nicht weiter besprechen wollen. Der Abg. Zehnter hat sodann am Schluß seiner Rede eine Mahnung zum Frieden unter uns ausgesprochen. Solche Worte werden immer wieder ertönen, aber so lange wir unsere öffentliche Tätigkeit in Parlamenten entfalten, wird der Frieden nie vollständig eintreten können. Die Gegensätze, die in unserem Volksleben vorhanden sind, werden sich immer wieder in den Parlamenten wieder spiegeln, und ich halte das für kein Unglück, sondern für eine Notwendigkeit. Daß unsere Tätigkeit besonders geeignet ist, den Frieden zu stören, muß ich bestreiten. Wir befinden uns lediglich in der Defensiv. (Widerspruch im Zentrum). Wir wollen nichts Neues, wir wollen nicht angreifen, sondern nur verteidigen. Wir stehen nur auf dem Boden des Gesetzes und verlangen dessen sinngemäße Handhabung (Zuruf aus dem Zentrum: Wir nicht?) Sie (zum Zentrum) haben einen Beutel voll Wünschen, die Sie stückweise vorbringen; wenn jetzt der nächste erfüllt ist, so kommen Sie mit anderen Wünschen, die im Hintergrund des Beutels verborgen sind. Dagegen verwahren wir uns und warnen davor, daß man im Wege des Entgegenkommens den Frieden sucht, den niemand finden wird, solange nicht alle Wünsche des Zentrums erfüllt sind. Wenn man sagt, wir seien weder national noch liberal, so begehrt man damit eine schwere Verfündigung gegen das, was wahr ist. Wir sind national und vertreten diese

Gefinnung gerade auch wieder in diesen Dingen. Wir sind aber auch liberal. Wer mit dem Zentrum kämpft, kämpft mit freiheitsfeindlichen Mächten. (Beifall bei den Nationalliberalen).

Die Beratung wird hier abgebrochen.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten noch das Wort:

Abg. Dr. Schneider: Der Herr Minister hat in meinen Darlegungen eine persönliche Spitze gefunden. Eine solche lag mir durchaus fern. Ich wollte lediglich zur Frage der angeblichen evangelischen Klerikalisierung unserer Mittelschulen objektiv darauf hinweisen, daß in den letzten 13 Jahren nur ein evangelischer Theologe das volle philologische Examen gemacht hat, dagegen in den 4 Jahren, seitdem der jetzige Herr Minister an der Spitze der Unterrichtsverwaltung steht, nicht weniger als 7 katholische Theologen. Ich habe daraus den Schluß gezogen, daß in gewissen klerikalen Kreisen die Tendenz bestehe, auf die Mittelschulen, namentlich im Geschichtsunterricht, einen klerikalen Einfluß zu gewinnen. Daß man die Theologen nach der jetzigen Gesetzgebung von dem philologischen Examen nicht ausschließen kann, ist mir selbstverständlich bekannt.

Abg. Dr. Wilkens: Der Herr Minister hat einen Unterschied der Auffassung des Abg. Binz und der meinigen inbezug auf die Stellung unserer Partei der demaligen Regierung gegenüber auf dem Schulgebiete konstatieren zu müssen geglaubt. Ein solcher Unterschied besteht nicht. Ich habe in meiner gestrigen Rede ausdrücklich gesagt, ich sei nicht der Meinung, daß die gegenwärtige Regierung die Klerikalisierung unseres Schulwesens anstrebe. Ich habe weiter erklärt, wir hegen auf dieser Seite des Hauses die Hoffnung, daß sie das gleiche Ziel im Auge habe, wie wir, d. h. eine glückliche, freie und unabhängige Weiterentwicklung unseres gesamten Schulwesens. Meine Ausführungen haben sich also auf der nämlichen Linie bewegt, wie diejenigen meines Freundes Binz.

Schluß der Sitzung: 2 Uhr Nachm.

#### Verichtigung

zum Bericht über die 62. Sitzung der Zweiten Kammer vom 28. April d. J.: Auf Seite 720 Spalte 1 Zeile 17 von oben (Rede des Abg. Dr. Wilkens) lies: „das Verhältnis nicht so gestaltet werde . . .“

\* Karlsruhe, 29. April. 64. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 30. April 1904, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budget-Kommission über das Budget des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1904 und 1905. Ausgabe Titel X, Einnahme Titel III (Unterrichtswesen). II. Mittel- und Volksschulen — Drucksache Nr. 13 c (II) — und die Seite 34 ff. und 40 ff. des Kommissionsberichts behandelten Petitionen, sowie die Petition des Gemeinderats Neustadt, die Errichtung einer Realschule daselbst betr. Bericht-erstatte: Abg. Döhrcher.

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Karl Schneider.  
Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Heidelberg in Karlsruhe.



